

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM., monatlich 1,50 RM., frei ins Haus, voraussetzend Einzelne Nummern 10 Pfennig. Volle Bezugs: Monatlich, vom Posthalter abgeholt 1,50 RM., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.— RM., für das übrige Ausland 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Entschieden in die Post-Zeitungs-Verträge.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Kleinstenhaltbare Anzeigensätze 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt 5 Zeilen à 20 W. (gleichmäßig 20 W. je Zeile), jedes weitere Wort 10 W. Einmalige und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 20 W., jedes weitere Wort 10 W. Für die ersten 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte 20 W. (entsprechend 20 W. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 60 W. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin W. 68, Lindenstraße 3, abgerechnet werden. Spätestens von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Dienstag, den 30. Juli 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schwere Angriffe an den neuen Linien.

Die Loslösung von der Marne.

Berlin, 29. Juli. (B. L. B.) Die in der Nacht vom 26. zum 27. Juli nach sorgfältiger Vorbereitung durchgeführte, vom Feind zunächst unbemerkte Verlegung unseres Kampfgeländes in die Gegend bei Fère en Tardenois und Wille en Tardenois erfolgte erst nach gründlicher Zerstörung aller dem Feinde nutzbringender Anlagen.

Wer in den letzten Tagen die Kriegskarte zwischen Soissons und der Marne genauer verfolgte, mußte auf eine Verschiebung aufmerksam werden, die sich dort für die deutsche Stellung entwickelt hatte. Diese Stellung hatte sich fast förmlich gestaltet und war von einer Abschnürung bedroht, die nicht unbedenklich war. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat sich nun entschlossen, die deutschen Stellungen von der Marne zu lösen, dadurch die Front zu kürzen und zugleich auf der verletzten Linie erheblich zu verstärken. Sie hat damit wiederum, wie schon so oft, feindliche Pläne vorausschauend zunichte gemacht, Menschen und Material gespart, die rückwärtigen Verbindungen erleichtert und, was das wichtigste ist, den operativen Plan des Feindes vernichtet. Sie hat damit freilich auch ein Stück Gelände den Feinden preisgegeben, da die rückwärtige Bewegung ungefähr 10 Kilometer von der Marne nördlich abgerückt ist. Die alte taktische Regel, die Hindenburg schon wiederholt betätigt hat, nicht auf Kosten von Menschen und Material Gelände unter allen Umständen zu halten, wenn sich auf ihm nicht besonders wichtige Befestigungen des Feindes befinden, hat eine neue Anwendung erfahren.

Die vorgenommene Rückverlegung ändert nichts daran, daß gleichwohl eine starke Schwächung der feindlichen Kräfte erreicht wurde. Die Feinde haben in den letzten Kämpfen an der Marne wieder einmal mit einem ungeheuren Menschenverlust bluten müssen, ohne den Durchbruch oder ein anderes strategisches Ziel zu erreichen. Die seit mehreren Tagen anhaltende Pause in ihrem Angriff beweist die Größe der feindlichen Verluste auf das Schlagendste und bekräftigt zugleich die freiwillige und planmäßige Räumung von deutscher Seite. Sie ist während dieser Kampfpause erfolgt, ohne Einwirkung des Feindes, nach einem festgeordneten System. Die Absicht der Franzosen, an einer Stelle eine Entscheidung herbeizuführen, wo sie die deutsche Oberste Heeresleitung nicht wünschte, ist vereitelt. Die Gegner haben, wie jetzt genau bekannt wird, an dieser Stelle über 52 Divisionen angelegt gehabt. Davon waren 38 französische, 2 italienische, 4 englische, 6 amerikanische und 2 französische Kavalleriedivisionen zu Fuß. Wir wissen aus Gefangenenausagen, daß alle diese Divisionen auf das schwerste dezimiert worden sind, daß ihre Rekonstruktion nur möglich wurde durch starke Auffüllungen aus den Reservolen, wodurch wieder andererseits diese Reservolen erheblich verringert werden mußten.

Unsere Konzentration auf die kürzere Sehenstellung bedeutet auch, wie schon angedeutet, eine wesentlich verstärkte Front gegenüber neuen Angriffen der Feinde, die bevorzustehen scheinen. Die englische und französische Presse hat diese Entwicklung der Dinge in manchen Einzelheiten vorausgesehen, und im besonderen hat Herbe in seinem Blatte die durch diese Entwicklung herbeigeführte neue Lage, wie auch die letzten operativen Vorgänge auf Seiten der Entente sehr scharfsinnig beurteilt. Diese scharfsinnige Auffassung wird durch die taktischen Maßnahmen der deutschen Obersten Heeresleitung vollaus gerechtfertigt. Der ganze gewaltige Angriff Kochs war vergeblich, seine Opfer umsonst, und die Initiative bleibt bei den Deutschen. Das ist, im Großen gesehen, das Ergebnis unserer Loslösung von der Marne.

Amsterdam, 29. Juli. Reuters Sonderkorrespondent bei der französischen Armee meldet vom 28. morgens: Unsere Truppen haben die Durcq längs ihres ganzen Laufes erreicht.

Französischer Bericht vom 28. Juli. Abends. Nördlich der Marne sehen unsere Truppen ihren Vormarsch in der Durcqgegend fort. Trotz Widerstandes des Feindes, der sich bemühte, den Weitergang über den Fluß zu verhindern, gelang es uns, vorgehobene Truppen auf das Nordufer zu werfen, und wir sind in Fère-en-Tardenois eingedrungen. Im Nordwesten des Riswalles haben wir Champagne bis erreicht. Auf unserem rechten Flügel haben die Truppen Anthenas, Olyx und Violaines genommen und sich der Straße Reims-Dormans merklich genähert. In der Champagne wurden zwei feindliche Angriffsversuche in der Gegend südlich der Berge, denen Geschützfeuer vorangegangen war, abgewiesen.

Amerikanischer Bericht. Wir sehen die Verfolgung nordwärts der Marne fort. ungeachtet hartnäckiger feindlicher Nachhutgefechte. Wir überschritten den Durcq und nahmen Seringes, Resles, Sergh und Nonchades.

Deutsche Verteidigungslinie zwischen Durcq und Ardre zurückverlegt.

Berlin, 29. Juli 1918, abends. Amtlich.
 An unseren neuen Linien westlich Fère en Tardenois sind schwere Angriffe des Feindes blutig gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 29. Juli 1918. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Tealangriffe, die der Engländer nördlich der Lys, nördlich der Scarpe und in breiterer Front auf dem Nordufer der Somme führte, wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Kampfabschnitten südlich der Aisne ruhiger Vormittag. Am Nachmittag wurden nördlich von Villedu Montoire Teilangriffe des Feindes, denen heftiger Artilleriekampf voranging, im Gegenstoß abgewiesen.

In der Nacht vom 26./27. Juli haben wir etwa zwischen Durcq und Ardre unser vorderes Kampfgelände planmäßig geräumt und die Verteidigung in die Gegend Fère en Tardenois - Bille en Tardenois verlegt. Dem Gegner blieb unsere Bewegung verborgen. Am 27. lag noch das Feuer seiner Artillerie auf unseren alten Linien. Nachhuten verhinderten seine erst am Nachmittag jügend vordringenden Truppen an kampflöser Befehlsnahme des von uns ausgehenden Geländes. Gestern versuchte die feindliche Infanterie sich unter hartem Feuer auf unsere neuen Linien heranzuarbeiten. Schwache im Vorgebiet belassene Abteilungen empfingen den Feind auf nahe Entfernung mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und fügten ihm empfindliche Verluste zu. Auch die seit dem Tage vorher eingerichtete Artillerie und Schlachtflieger fanden in anmarschierenden Kolonnen und Panzerwagen des Feindes lohnende Ziele. Vor starken Angriffen des Gegners bei und südlich von Fère en Tardenois wich unsere Verteidigung nach Erledigung ihrer Aufgabe beschließgemäß auf ihre Linien zurück. Die mehrfach wiederholten Angriffe des Feindes führten zu heftigen Kämpfen, die mit Zurückwerten des Gegners endeten. Hierbei haben sich unter Führung des Generals Bagelin ost- und westpreussische Regimenter, die schon auf den Höhen nordwestlich von Chateau Thierzy und seit Beginn der Schlacht fast täglich mehrfachen Ansturm französischer und amerikanischer Divisionen zum Scheitern brachten, auch gestern wieder besonders hervorgetan.

Leutnant Lorenzhardt errang seinen 45. Luftst. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 29. Juli. Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Front Geschützkampf und Geplänkel, in Albanien wurde der durch unsere Vorstöße ausgelöste Gegenbruch des Feindes härter. Unsere Stellungen im Semeri-Knie waren fünfmal das Ziel heftiger Angriffe, die dank der tapferen Haltung der von der Artillerie kräftig unterstützten Verteidiger durchweg blutig zusammenbrachen. Auch im Gebirge Wall Silo des griff der Feind zweimal vergebend an; er wurde zum Teil durch Feuer, zum Teil durch Gegenstoß zurückgetrieben.

Der Chef des Generalkabes.

Abflauen des englischen Streiks.

London, 28. Juli. (Reuter.) Amtlich wird um 8 1/2 Uhr abends mitgeteilt: Die dem Munitionswesen heute aus allen Teilen des Landes zugegangenen Nachrichten besagen, daß sich die Lage wesentlich gebessert hat und die Mehrheit der Ausführenden wahrscheinlich morgen die Arbeit wieder aufnehmen wird.

Nach einer Reutersmeldung haben sich Versammlungen in einigen Munitionsbezirken entschlössen, am Dienstag in den Streik einzutreten, während sich andere dafür entschieden, die Arbeit nicht niederzulegen. In Coventry, wo die Streikbewegung begann, beschloß man, die Entscheidung auf morgen zu verschieben. In Birmingham empfahlen alle Bezirkskomitees den Streikenden, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, und die Entscheidung des Streiks dem nationalen Arbeiterrats zu überlassen.

London, 29. Juli. (Reuter.) Der Streik in Coventry ist beendet. Die Arbeiter nehmen die Arbeit sofort wieder auf.

Der Ufas Lloyd Georges, der den Schützengraben in Aussicht stellt, hat also die erwartete Wirkung.

Zur Strategie des Friedens.

Von Eduard David.

Es gibt Leute, pazifistische Ideologen, die glauben, eine offene und unzweideutige Verzichtserklärung Deutschlands auf jegliche Eroberung oder sonstigen Kriegsgewinn genüge für sich allein, um die feindlichen Mächte friedensbereit zu machen. Daß das eine Illusion ist, beweisen kürzlich die Reden der führenden Staatsmänner der Entente bis in die neueste Zeit hinein. Die Bergpredigt hat noch keinen Krieg verhindert und keinen beendet.

Auf der anderen Seite gibt es Leute, Ideologen der Gewalt, die glauben, die einzige und allein wirksame Friedensoffensive sei die militärische Aktion. Für eine politische Friedensoffensive ist in ihrem Sinn kein Raum. Das Schwert allein soll den Frieden erzwingen. Auch das ist eine Illusion. Und wenn ihre Vertreter spöttisch darauf hinweisen, daß alle Friedensangebote und Verständigungsanbahnungen bis heute den Frieden nicht gebracht haben, so ist ihnen zu antworten: auch alle militärischen Erfolge haben ihn nicht gebracht. Die vor anderthalb Jahren an den rücksichtslosen U-Boot-Krieg geknüpften Verheißungen auf einen baldigen Frieden sind unerfüllt geblieben, und die danach in Aussicht gestellte rasche Erzwingung eines Schwertfriedens durch die große Offensive im Westen ist bis heute nicht gelungen. Das vierte Kriegsjahr geht zu Ende, und wenn das Schwert allein die Politik machen soll, wird menschlicher Voraussicht nach auch das fünfte Kriegsjahr uns den Frieden nicht bringen.

Man hat es Herrn von Kühlmann sehr berargt, daß er auf die Unmöglichkeit, den Krieg nur mit militärischen Mitteln zu beenden, hingewiesen hat. Er hat das Aussprechen dieses Gedankens mit seinem Sturz bezahlen müssen. Die Vorsicht, sich dabei mit der Autorität des Feldmarschalls Moltke zu decken, hat ihm nichts genützt. Nicht der Schlußsatz dieses Moltkezitats, der von der Möglichkeit einer sieben- bis dreißigjährigen Dauer des vorausgesehenen europäischen Krieges sprach, war dabei die Hauptlast, der Kern des Gedankenganges lag vielmehr in dem vorübergehenden Satz, der lautete:

„Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegen einander in den Kampf treten, keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärt, daß sie auf harte Bedingungen Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern.“

Dieses Urteil des großen Strategen von 1870/71, der dabei nicht einmal die Teilnahme Amerikas und fast der ganzen übrigen Welt am Kriege gegen uns voraussetzte, ist vernichtend für die Gewaltpolitiker und annexionsistischen Phantasten, die seit Jahr und Tag mit dem Phantom eines in greifbare Nähe gerückten „deutschen Schwertfriedens“ arbeiten.

Kein vernünftiger Mensch wird natürlich aus der Einsicht, daß das Schwert allein den Frieden nicht erzwingen kann, den Schluß ziehen, daß man darum auf weitere militärische Operationen verzichten sollte. Aber ebensowenig sollte es einen vernünftigen Menschen geben, der die Notwendigkeit einer damit Hand in Hand gehenden, zielklaren politischen Friedensoffensive verkennt. Alles was in letzterer Hinsicht geschehen ist, alle Versuche, eine günstige Atmosphäre für einen beiderseits annehmbaren Frieden bei unseren Gegnern zu schaffen, sind von den Vertretern der reinen Gewaltstrategie diskreditiert und ihrer Wirksamkeit beraubt worden. Die annexionsistischen Schreier und Stimmungspolitiker haben damit eine schwere Mitschuld für die Verlängerung des Krieges auf sich geladen. Das oben zitierte Urteil Moltkes sollte sie endlich zur Besinnung und zum Nachdenken über die Grenzen des Möglichen in einem Koalitionskrieg wie dem jetzigen bringen. Ein Friede, der uns die Unversehrtheit unseres territorialen Bestandes und die Möglichkeit der freien wirtschaftlichen Betätigung auch fernerhin sichert, wäre ein Abschluß dieses gigantischen Kampfes mit der ganzen Welt, auf den die Lebende und alle kommenden Generationen des deutschen Volkes mit Stolz zurückblicken könnten. Um seine Zukunft brauchte ihm dann nicht bange zu sein — vorausgesetzt, daß im Innern alle seine Kräfte gelöst und zur vollen Mitarbeit am Gelingen des Ganzen gebracht würden.

Eine konsequente, von keiner Instanz gehemmte und um ihre Wirkung gebrachte Friedenspolitik ist die Forderung, die wir an der Schwelle des fünften Kriegsjahres mit erhöhtem Nachdruck erheben. Aufgabe der Heeresleitung ist es, die militärischen Operationen mit Energie fortzuführen. Nur von allen Seiten anerkanntes strategisches Genie findet hier das gegebene Betätigungsfeld, und solange die Gegner den Bahn beugen, uns niederwerfen zu können, solange sie einen Frieden auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität ablehnen, wird das deutsche Volk geschlossen weiterkämpfen. Aber daneben muß eine klare und aufrichtige

Friedenspolitik gehen. Es darf kein Zweifel daran bestehen, daß der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes auf einen Frieden ohne Annexionen und sonstige Vergewaltigungen die einzige Richtschnur unserer Friedenspolitik ist.

Nur wenn sich in den Volkswaffen der gegen uns Krieg führenden Staaten die Ueberzeugung ausbreitet, daß sie einen annehmbaren Frieden, den sie nicht weniger erleben als wir, an dem Tag haben können, an dem ihre Staatsmänner ihr haben wollen, dürfen wir hoffen, daß der Wille zum Frieden sich auch drüben siegreich durchsetzt. In der Erklärung, mit der die sozialdemokratische Fraktion ihre neue Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete, heißt es:

„Daß die Fiktion der deutschen Annexionisten nur eine kleine Minderheit des Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde unzweifelhaft werden, in der die Völker der Entente Staaten ihre Regierungen dazu bewegen, sich auch ihrerseits zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität zu erklären. Nach einem Wort einer solchen Bereitschaft würde das deutsche Volk nimmermehr dulden, daß Friedensverhandlungen an Erhebungsorderungen oder fremdwörtlichen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Vergewaltigungsabsichten scheitern.“

Das Wolffsche Bureau hat in dem ins Ausland gegebenen Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 13. Juli diese Sätze unter den Tisch fallen lassen. Das ist kennzeichnend für die Geister, die dort walten. Man will das Ausland nicht wissen lassen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bereit und entschlossen ist zu einem Frieden der Verständigung und der beiderseitigen Achtung der nationalen Lebensrechte. Man sieht nicht, daß das gerade die unerlässliche Voraussetzung ist für die politische Ueberwindung der herrschenden Kriegsparteien in den feindlichen Ländern.

Nur aus der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk nicht auf Eroberungen und Raub ausgeht, sondern einzig und allein auf die Anerkennung seiner Gleichberechtigung auf Leben und Entwicklung kommt, können die Friedensströmungen drüben die Kraft ziehen, deren sie bedürfen, um den heimischen Kriegsparteien und den sie führenden Staatsmännern das Heft aus der Hand zu ringen. Wer das Aufkommen dieser Ueberzeugung im feindlichen Ausland verhindert, besorgt die Geschäfte der Mond Geotge, Clemenceau und Genossen. Die Einsicht, daß Deutschland militärisch nicht niedergeworfen werden kann auf der einen Seite und die ebenso klare Erkenntnis andererseits, daß auch das nicht niedergeworfene Deutschland jeden Tag zu einem gerechten Frieden und dauerndem, freundschaftlichem Zusammenleben mit seinen Nachbarn bereit ist, müssen zusammenwirken, um unsere Gegner zum Frieden bereit zu machen. Nur vereint können sie das leisten.

Deutschland und Rußland.

Moskau, 28. Juli. Staatsminister Dr. Helfferich ist heute hier eingetroffen und hat die Geschäfte der diplomatischen Vertretung übernommen.

Der Moskauer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ beklagt sich bitter über das Verhalten der Räteregierung, die der Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland Schwierigkeiten mache. Ihre Haltung sei durch einen Bericht des russischen Unterhändlers in Berlin, des Volkswirtschaftlers Bucharin, beeinflusst, der von einer abwartenden Stellung der russischen Regierung einen revolutionierenden Einfluß auf Deutschland erwarte. Als Beweise dieser Verschiebungstaktik werden angeführt: Behauptung deutscher Kuriers, Verträge gegen deutsche Eigentumsrechte, Ergebnislosigkeit der Verhandlungen deutscher Kommissionen in Rußland, Verletzung der anerkannten Schiedensverfahren auf die große allgemeine Abrechnung, Entwertung der von den Volkskommissionen getroffenen Anordnungen durch die Resistenz unkoordinierter Beamten. Der Gesamteindruck wird in folgenden Worten zusammengefaßt: „Tatsächlich führen in Moskau weder Noten noch persönliche Besprechungen zu einem positiven Ziel. Von erhofft den Eindruck der gewissen oder der ungewissen Sabotage, der einfachen Anarchie, alle Brücken zu einer gegenseitigen Verständigung fehlen.“

In politischer Beziehung wird bemängelt, daß allen Versuchen zum Trotz die Verfolgung der Räder des Grafen Michail ergebnislos sei und daß sich das aufgelöste Exekutivkomitee der linken Sozialrevolutionäre aus dem alten Bestand neugebildet habe. Die Regierung suche allen Unmut im Volke auf Deutschland abzulenkeln. Zwischen diesen Ausfahrungen und der prokuratorischen Sprache der linken Sozialrevolutionäre gegen Deutschland bestehe „nicht mehr der geringste Unterschied“. Schließlich sagt der Berichtsbefasser seine Ansicht in die Worte zusammen: „Ihren Widerstand gegen ein Zusammenarbeiten mit den Deutschen, das den Handel und Verkehr in Rußland sehr rasch wieder in Gang bringen und viele Wunden des Krieges heilen würde, stützt die Räteregierung auf die ihr nicht unbekannte Tatsache, daß das deutsche Volk zu einem neuen Krieg mit Rußland nur widerstrebend zu bewegen wäre. Aber es gibt auch keine Lösung, die das russische Volk bewegen könnte, sich noch einmal in das Abenteuer eines Krieges gegen Deutschland einzulassen.“

Diese Motive sind möglich, es ist aber wahrscheinlich, daß mindestens neben ihnen aus der Natur der Sache entspringende Schwierigkeiten bestehen, die der Volkswirtschaft für Handel und Industrie Bronsch auf der fünften allrussischen Tagung der Sowjets sehr klar auseinandergesetzt hat. Danach verlangt Deutschland naturgemäß die für seine Kriegswirtschaft notwendigen Waren, während Rußland seine Friedenswirtschaft aufbauen, seinen Hunger nach Produktionsmitteln stillen will. Um sich vor dem Zwänge zum Export von Rohstoffen ohne Rücksicht auf ihre Notwendigkeit für die eigene Wirtschaft zu schützen, will Rußland sogar Gold in großem Umfang ausführen. Im Gegensatz zum Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vertritt es aber keine deutschfeindliche Gesinnung, wenn Bronsch Deutschland privatkapitalistische Konzeptionen zur Ausbeutung unserer nationalen Reichtümer in Gebieten, die bisher von den produktiven Kräften unseres Landes unberührt geblieben sind, erteilen will. Bronsch hob als Zeitgenossen ausdrücklich hervor: „Wir müssen uns wohl oder übel schon jetzt um die Vergrößerung der produktiven Kräfte und des Volkswohlstandes unseres Landes kümmern, um unsere Verbindlichkeiten erfüllen zu können, ohne den deutschen Imperialisten einen Anlaß zu geben, uns als ungewerksame Schuldner hinzustellen.“

Finnlands Bekehrung zur Monarchie.

Wie wurde Swinhufvud Königsmacher?

Ein Artikel der „Finnischen Korrespondenz“ wendet sich gegen die Ausführungen, die Genosse Ed. David am 21. Juli hier über den merkwürdigen Gestaltungswechsel des finnischen Reichsverweyers gemacht hat. Es wird zugegeben, daß sich Swinhufvud nach im März zur Republik bekannte, und dann weiter ausgeführt:

„Wir finden es begreiflich, daß Herr Dr. David, fern vom Schauplatz der in Frage stehenden Entscheidungen und ohne Einblick in die Ursachen und den Verlauf des Aufstiegs, die oben geschilderten Tatsachen als ein schwer lösbares Problem erscheinen. Wir verstehen auch, daß es ihn als überzeugten Republikaner schmerzt, einen einflussreichen Mann, den er ebenfalls als Republikaner ansprechen zu können geglaubt hatte, nun unerwarteterweise auf der entgegengekehrten Seite zu sehen.“

Weiter wird gesagt, es müsse schon etwas Besonderes geschehen sein, was Swinhufvud bewegen habe, jetzt für eine andere Staatsform einzutreten, als vor einem Jahre. Wir glauben, ohne dem Genossen David vorzugreifen, daß eine Verständigung auf dieser Linie möglich ist, denn das mittlerweile „etwas Besonderes geschehen“ ist, weiß doch jeder Mensch. Nur sollte man annehmen, daß durch solche besondere Ereignisse zwar die Ursachen geändert werden können, aber nicht die Ueberzeugungen. Indes, Gott allein, sagt ein altes frommes Sprichwort, steht den Menschen ins Herz.

Hussarell über Bündnisse und Völkerbund.

Der deutsche Volkswert.

Wien, 29. Juli. Im Herrenhaus gab Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarell eine Erklärung ab, in der er sagte: „Daß der Krieg für unsere Völkergemeinschaft von allem Anfang an ein Verteidigungskrieg war, darüber besteht für niemand, der seine Vorgeschichte kennt, ein Zweifel. Er hat aber diesen Charakter für die Mittelmächte auch stets behalten. Sie sind jederzeit bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen und einen ehrenvollen Frieden zu schließen, sobald die Gegner ihre feindlichen, auf unsere Vernichtung oder Zurückdrängung gerichteten Absichten aufgeben. Die berufenen Staatsmänner unserer Völkergemeinschaft haben es des öfteren ungewöhnlich festgelegt, daß sie einen Frieden im Sinne der Gerechtigkeit und auf Grund von Formen anstreben, die von beiden Seiten in gleicher Weise anwendbar und annehmbar sind. Solange aber die Gegner auf dem Standpunkt einerseitigen Diktates stehen, bleibt nichts übrig, als den Krieg mit aller Entschlossenheit und Intensität fortzusetzen. (Lebhafte Beifall.) Neben unserer Friedensbereitschaft liegt für uns das einzige Mittel, den Krieg abzukürzen, in der Nachdrücklichkeit der Kriegsführung. (Lebhafte Beifall.) Die Regierung wird mit Begeisterung ihre ganze Kraft einsetzen, um in ihrem Wirkungsbereich die Aufgaben der letzteren zu fördern. (Lebhafte Beifall.) Die Monarchie darf auf die Leistungen unserer in zahllosen Feldkämpfen erprobten Wehrmacht, darf auf ihre Bündnisse voll vertrauen. (Lebhafte Beifall.) Wir werden einen guten, ehrenvollen Frieden erreichen (Beifall), und so wie im Kriege werden wir auch im Frieden nicht allein stehen.“

Das Bündnis mit dem Deutschen Reich, von der Einsicht erleuchteter Herrscher und Staatsmänner geschlossen, eine wahre Herzengemeinschaft für beide Teile und im Weltkriege bewährt, wird eine Vertiefung im Sinne einer dauernden Friedensgemeinschaft erfahren. (Lebhafte Beifall.) Aber auch die innigen Beziehungen zu den übrigen ruhmvollen Völkergemeinschaften wollen wir in schönere Zeiten hinübernehmen und Hebel der Welt pflegen. (Beifall.) Darin liegt nichts Bedrohliches für andere Staaten. Der kriegerische Inhalt unserer Bündnisse wird ihnen nur von den Gegnern aufgedrungen und hört auf, sobald sie die Hand zum Frieden bieten. Unsere Bündnisse sind ihrem Wesen nach gerichtet und bestimmt, sich in eine Friedensorganisation aller Kulturvölker der zivilisierten Welt einzufügen.

Zur inneren Politik sagte Herr v. Hussarell u. a.: Oesterreich wird seine Mission nur erreichen, wenn es allen Stämmen seiner Völkergemeinschaft das wahrhaft gemeinsame Vaterland ist. Aber zu diesem Ziele wird es nur gelangen, wenn es sich stets bemüht bleibt, das im deutschen Volkswerte die Urquelle seiner Kulturmacht liegt.

Die letzte Wendung ist ein Trostpreis für die Deutschradikalen, die nach Hussarells Rede im Abgeordnetenhaus enttäuscht riefen: „Wo bleibt der deutsche Kurs? Andere Nationalitäten werden verstimmt sein, aber da Budget und Kriegskredite jetzt bewilligt sind, bedeutet, daß keine unmittelbare Gefahr.“

Lage der englischen Lebensmittelproduktion.

Lord Lees Rücktritt.

Der Rücktritt des Generaldirektors der englischen Lebensmittelproduktion Lord Lees ist von Reuters gemeldet worden. „Daily News“ veröffentlicht nun eine Zuschrift Lord Lees, in der gegen die öffentliche Aufgabe des englischen Meeresschiffes und gegen die Entlohnung der Landwirtschaft von Arbeitern protestiert wird. Diese Maßnahmen, schreibt Lees, berücksichtigen sich meines Erachtens nicht an parlamentarischen und Arbeitersouveränitäten, die zu bestehenden bestehen. Die Folgen können so ernst und unüberwindlicher Natur sein, daß ich außer Stande bin, dafür einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Ich bin von einer Bestätigung der Tauschboogefahr und der Sicherheit unserer Nahrungsmittelzufuhr in den nächsten Jahren, gleichgültig, ob der Krieg andauert oder nicht, nicht genügend überzeugt, um einem plötzlichen Umstoß unserer Außenpolitik für 1919 zuzustimmen. Wir hören wenig von den Tauschbooten, aber die Verhältnisse gehen mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit weiter. Man sagt uns, daß die Neubauten die Verhältnisse ausgleichen, aber diese Berechnung schließt die amerikanischen Neubauten ein, und dieser Faktor scheint angeht den Transport der amerikanischen Truppen aus, noch mehr angeht die Zufuhren für dieselben. Die gleiche Berechnung ist es Tatsache, daß die Lage der Schifffahrt noch immer beunruhigend ist und wir ebenso sehr wie je auf die Selbstproduktion angewiesen sind. Unter diesen Umständen ist die Entlohnung der Landwirtschaft von Arbeitern und der dadurch verursachte Wechsel der Arbeitspolitik ein gefährliches Spiel mit der Hungernot, das kein verantwortlicher Minister dulden und das das Parlament zurückweisen sollte. „Daily News“ schreibt hierzu in einem Leitartikel: Der Rücktritt wirkt wegen der Wichtigkeit auf. Die Erfolge in der Nahrungsmittelbereitstellung haben die Gefahren des vorigen Winters vermindert, aber nicht beseitigt.

Wilson's sibirisches Programm.

Kämpfe am Amur.

Paris, 28. Juli. „Welt Parisien“ meldet: Der japanische Vorkämpfer Nakai brachte der französischen Regierung amtlich zur Kenntnis, daß die japanische Regierung das Programm Wilsons bezüglich Sibiriens angenommen hat.

Chardin, 28. Juli. (Reuters.) Bewaffnete Kämpfe, die vom General Gorbat abgelehnt waren, vertrieben die Bolschewiki an der Wändung des Sungari in den Amur. Ein bewaffneter Dampfer, ein Motorboot und vier Dampfer mit großen Vorräten wurden erbeutet. Die Royalisten von Kal-

winkof, die mit den Tscheko-Slowaken gemeinsam vorgehen und für den Aufmarsch nach Tschita die erforderliche Kavallerie stellten, haben den Druck, der auf Semelow ausgeübt wurde, erleichtert.

Spiridonowa und Lenin.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung der vollständigen Führerin der linksstehenden Sozialrevolutionäre, Marija Spiridonowa in Moskau, der jetzt unter der Bolschewikenherrschaft gleich wie im Jahre 1906 unter dem zaristischen Regime, die Hinrichtung droht, ist es von Interesse, auf ein Anekdoten hinzuweisen, das sich zwischen ihr und Lenin während der zweiten Tagung des neulich abgehaltenen fünften allrussischen Sowjetkongresses abspielte. Der Verner „Lund“ fasziniert es:

In ihrer eindrucksvollen Art beschnitzte Marija Spiridonowa die Sowjetregierung, die Sache der Bauern betrauen und die Nationalisierung des Bodens nicht durchgeführt zu haben. „Sie haben 90 Proz. von Rußlands Bevölkerung zu Bürgern ernennt.“ sagte sie, „und in unserem Land, wo der größte Teil des Volkes aus Bauern besteht, die selbst ihre Acker pflügen, die Besitzlosen gegen die Bauern gehet. Ihr habt auf dem Rücken der Bauern die Diktatur des Proletariats aufgerichtet und deshalb werdet Ihr Euch selbst das Genick brechen!“

Lenin verteidigte sich mit dem Hinweis auf den Segen, den der Frieden von Brest-Litowsk Rußland gebracht habe, und auf die sich wachsende Autorität, die die Sowjetregierung unter dem Proletariat des Auslandes genießt. Während seiner Rede hörte man jedoch von den Plänen der linksstehenden Sozialrevolutionäre immerfort die Rufe: „Hört auf! Hört auf!“ oder: „Nichtso's Handlanger!“

Verrat in der l. u. l. Armee.

Die tschecho-slowakische Region.

Wien, 28. Juli. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Am Morgen des 15. Juni wurde unser Angriff in breiter, von der Tiroler Bergen bis zur Adria reichenden Front mit einer Stoßkraft ein, wie sie nur die glückliche Vereinigung einer bis in die kleinste Einzelheit ausgearbeiteten Befehlsgebung mit minutiöser Pünktlichkeit in der Ausführung und einheitlichem Zusammenwirken aller Waffen zu schaffen vermag. Gleich zu Beginn der Kämpfe wurde aber die Wahrnehmung gemacht, daß der Feind gerade an jenen Stellen, die für den Fall des weiteren Vordringens in Aussicht genommen waren, zu planmäßigen, wohl vorbereiteten Gegenangriffen schritt. Auch wurde die Tatsache festgestellt, daß der Gegner über Umfang, Tag und Stunde unseres Angriffs genau unterrichtet war. Das für das Gelingen einer Offensiv so wichtige Ueberwachungsmoment war damit beseitigt. In kurzer Zeit konnte auch allernäher festgelegt werden, daß

eine Reihe von Ueberläufern

der italienischen Heeresleitung Material lieferten, durch dessen Vorgehen und gegenseitige Ergänzung es möglich war, ein ziemlich genaues Bild unserer Angriffsdispositionen zu erhalten. In Gefangenschaft geratene englische, französische und italienische Offiziere und Mannschaften zahlreicher Regimenter sagten übereinstimmend aus, daß ihren Truppenkörpern am Abend des 14. Juni verlaubt wurde, daß die österreichisch-ungarische Offensiv am kommenden Morgen um 2 Uhr einsetzen werde. Den genauen Zeitpunkt sollen jugoslawische Ueberläufer verraten haben. Der Feind traf Vorbereitungen gegen die erwartete Gasbeschichtung, die sich allerdings als unzulänglich erwies.

Seit einiger Zeit verfährt die italienische Heeresleitung, hochvertrauliche Forschung in unsere Linien zu tragen. In den italienischen Gefangenenlagern werden in völkerrrechtlich verpönter Weise slawische Mannschaften mit Versprechungen und Bestechungen bearbeitet, sich

in die tschecho-slowakische Region

einreihen zu lassen. Der Befehl des 3. italienischen Armeekommandos Nr. 1659: 6495 h 1 vom 14. Mai d. J. verweist auf die aktive Propaganda durch tschecho-slowakische Freiwillige zwecks Lockerung des Gefüges der österreichisch-ungarischen Armee, wie sie beim dortigen Kommando eingerichtet wurde.

Den größten Teil am Verrat schreibt die italienische Heeresleitung nicht ohne Grund dem

Leutnant Karl Stin

eines Infanterie-Regiments zu, der in der Nähe von Novento desertierte. Aus umfangreichen italienischen Dienstbüchern, in welchen seine Ausgänge gesammelt und verbucht sind, geht hervor, daß er unsere Vorbereitungen am Tage gänzlich verraten und auch sonst dem Gegner eine Reihe höchst wertvoller Nachrichten aus geliefert hat. Die tschecho-slowakische Charakteristik Stin's lautet: „Der Leutnant ist ein höchst intelligenter, von glühender Nationalempfindung und von lebhaften antioesterreichischen Gefühlen besetzter Jungtscheche. Seine Aussagen tragen den Charakter vollkommener Zuverlässigkeit. Er hat absichtlich vor dem Ueberlauf viele Nachrichten gesammelt, um sie mitzuteilen.“

Wilson's Grundzüge und das Recht der Iren.

Ueber fünfzig irische Nationalisten nahmen zum ersten Male wieder an der Unterhausung am 28. Juli teil. Dillon brachte sofort einen Resolutionsantrag ein, in dem es unter anderem heißt, daß die gegenüber Irland verfolgte Politik der englischen Regierung mit den hohen Grundzügen, für die die Alliierten kämpfen, im Widerspruch steht, daß das Haus die von Wilson in seiner großen Rede am Grahe Washington niedergelegten Grundzüge billigt, in der er bezüglich der Ziele, für die Amerika und die Alliierten kämpfen, sagte: „Diese großen Ziele lassen sich in einem Satz zusammenfassen: was wir suchen, ist die Herrschaft des Rechts, die auf der Zustimmung der Völkergemeinschaften beruht und von der organisierten Meinung der Menschheit getragen wird.“ und daß nach Ansicht des Hauses die wahre Lösung der Irenfrage darin besteht, daß unverzüglich hinsichtlich Irlands die von Wilson in seiner historischen Rede aufgestellten Grundzüge zur Anwendung gebracht werden. Nach Ansicht des Parlamentsberichterstatters des „Daily Chronicle“ dürfte die geschickte Formulierung des Resolutionsantrags, über den an einem Tage der nächsten Woche beraten werden wird, ihm die Unterstützung der Liberalen sichern. Dem Irenvolke wäre damit freilich nicht geholfen, und den in Irland schon vertriebenen Ruf der Nationalisten kann es auch nicht aufheben. Ueber die Festnagelung der englischen Irenpolitik auf die Wilson'schen Grundzüge ist trotzdem ein gutes Wort.

Zum Prozeß Cailaug. Aus Genf wird der „Nöln. Zeitung“ mitgeteilt: Die beiden Anwälte von Cailaug richteten eine Beschwärde an Clemenceau, weil die Militärbehörde zwei für Cailaug unschuld erfindende Briefe Spiders an Frau Duberger 1915/16 beschlagnahmt, aber nicht zu den Prozeß offen gelegt hat. Eine Anspielung in der Anklage des Senatspräsidenten gegen Cailaug führte erst jetzt zur Entdeckung jener Briefe.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten... Briefkasten der Redaktion... Briefkasten der Redaktion...

behauern. Ihnen eine zuverlässige Antwort darüber nicht geben zu können... Briefkasten der Redaktion... Briefkasten der Redaktion...

der Befreiende erst 40 Jahre alt ist... Briefkasten der Redaktion... Briefkasten der Redaktion...

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- List of newspaper distribution points and advertising agencies across various districts like Charlottenburg, Prenzlauer Berg, etc.

Advertisement for various theaters including Deutsches Theater, Theater des Westens, Berliner Theater, etc.

Advertisement for SARRASANI, featuring 'Torpedo - los!' and 'Das Recht während des Krieges'.

Advertisement for Reichshallen-Theater and other theatrical performances.

Advertisement for the Deutscher Metallarbeiter-Verein, including details about branch assemblies and membership.

Advertisement for Karl Quast, a social democrat, and other political figures.

Advertisement for a specialist doctor (Spezialarzt) and dental services (Zahngebisse).

Kriegsneurosen.

Kriegsneurosen sind seelische oder physische Leiden. Bei denen die Erkrankung gewisser Adergefäße oder Organe nur eine symptomatische Bedeutung hat. Die Schädigung, die der Kriegsneurotiker durch seine Teilnahme am Krieg davonträgt, kann ein einzelnes Organ befallen oder den ganzen Menschen. Sehr häufig befallen die Symptome, durch die sich Kriegsneurosen bemerkbar machen, in Erkrankungen und besonders in Lähmungen des Muskelapparates; dazu gehören zum Beispiel die hysterischen oder epileptischen Krämpfe, aber auch Lähmungen der Sprache ohne Hirnerkrankungen, Sprachstörungen oder Stottern, Stimmeln usw. Oft begegnet man dem Ausfall der Funktion von Organen, etwa Störungen der Hör- und Sehfähigkeit bis zur Taub- und Blindheit. Außerordentlich häufig sind Erkrankungen der Organe, die gewisse Stoffe absondern: Magen- und Darmneurosen, Samenblase, Schweißdrüsen usw. Auch Störungen der Blutkreislauforgane sind oftmals anzutreffen, von den sogenannten „blauen Händen“ bis zum nervösen Asthma, der Hysterie und Stimmeln. Dazu kommen noch viele andere Krankheitsformen. (Siehe: Stimmel, Kriegsneurosen und physisches Trauma. München 1918, Verlag D. Reunisch.) Die Kriegsneurose kann zur Veränderung der ganzen Persönlichkeit des Soldaten führen. Sie kann sein Gemüt nach irgend einer Richtung festlegen, vorwiegend nach der depressiven Seite hin, so daß er von Mitleidenschaft überdeckt ist. Sie kann bewirken, daß der Betroffene die Gefährlichkeit verliert, die seinem früheren Charakter innewohnt und sie kann ihn zu einer seinem früheren Wesen entsprechenden Tätigkeit unfähig machen. Der Schritt von diesem Stadium bis zur völligen Geisteskrankheit ist nicht weit.

Alle Neurosen beruhen auf einer Veränderung der Persönlichkeit, die ihren Grund in ihrer festlichen Spaltung hat. Normalerweise werden alle Eindrücke und Empfindungen aus dem eigenen Körper und aus dem Verkehr mit der Umwelt dem Bewußtsein geföhrt und untergeordnet, und zwar im Sinne einer Aufhebung des ganzen Menschen; es besteht innere Harmonie, die sich nach außen widerspiegelt. Eine Störung dieser Harmonie tritt ein, wenn das Bewußtsein nicht mehr vorberührt, sondern wenn gleich starke oder falsche Gefühlsgruppen (Komplexe) im Innenleben des Menschen entstehen, die dann selbständig als sogenannte überwertige Gefühlsgruppen wirken. Das kann im Arzenei besonders dann leicht geschehen, wenn sich dem Menschen überlagernde Erregungswellen aus Empfindungen ausstrahlen, die ihre Entstehung katastrophalen Geschehnissen verdanken. Der Intellekt ist solchen nicht gewachsen, weil er zufolge des Mangels jeder Vergleichsmöglichkeit auf sie nicht eingestimmt und vorbereitet war; er kann die Eindrücke nicht verstandesmäßig verarbeiten, nicht der Teilhaber der Gesamtpersönlichkeit unterordnen und sie so unschädlich machen. Der im Menschen einflussreiche überwertige Gefühlskomplex kann diesem bewußt bleiben, in welchem Fall es leicht zu Geistesstörungen kommt, oder er wird aus dem Bewußtsein verdrängt; dann entsteht eine Neurose, die Dr. Stimmel in der zitierten Schrift als Selbstschädigung des Organismus gegen die Wirkstoffe, die Gefühlskrankheit, aufführt. Die Selbstschädigung besteht darin, daß das Ich den ganzen unauflösbaren und unverbesserbaren Gefühlskomplex von seinem Bewußtsein abhebt und in die Zone des Unbewußten in ein Gebiet verdrängt, das man Unterbewußtsein nennt. Was Unterbewußtsein ist, kann jeder Mensch beobachten: Oft haben wir bei etwas, das wir sehen, hören oder sagen das Gefühl, das heißt du in deinem Leben schon einmal gesehen, gehört oder gesagt, kurz, schon einmal erlebt. Das sind Eindrücke, die zu einer Zeit das Unterbewußtsein aufgenommen hat, als der Intellekt für das Ich anderweitig besetzt war und keine Zeit hatte, diese Eindrücke zu rezipieren, zu bewußtsein zu bringen. Sie sind empfangen und wie in einer Grammophonplatte festgehalten worden; es bedarf später nur einer Anregung, die wie ein Stift in die Eindrücke hindrückt, um sie anklingen zu lassen.

Mit dem Hinabtauchen übermächtiger Gefühlskomplexe in das Unterbewußtsein werden sie aber nicht ausgelöscht, sondern sie bleiben, ohne daß das Ich des Menschen selbst davon etwas weiß, mehr oder weniger wirksam, ihr Effekt tritt hervor: Der Betroffene wird von den unauflösbaren Empfindungen gequält und hat dabei körperliche Schmerzen. Das tritt um so leichter ein, wenn Anlaufungen an früher bereits vorgelagerte Empfindungen bestehen, die durch Erkrankungen veranlaßt waren. Hieraus beruhen auch die sogenannten hysterischen Folgeerscheinungen in Form von Lähmungen, Zusammenziehungen usw., die sich an Verwundungen oder Erkrankungen der betroffenen Organe anschließen.

Die Behandlung der Neurosen besteht darin, daß der Arzt dahin strebt, den Eindruck herauszufinden, der die seelische Störung verursacht, um dann diese Erkenntnis dem Kranken selbst zu vermitteln. Dr. Stimmel gelang das, mindestens in allen einflussreichen Fällen, durch eine erhöhte Gedächtnisleistung, die er durch hypnotischen Traum erzielte. Durch diese Gedächtnisleistung über die der Kranke in der Hypnose geleistet, wiederholt er das auf ihn eingewirkte Ereignis: Der „Film“ wird noch einmal abgerollt, der Kranke träumt das Ganze noch einmal, das seelisch affizierte Unterbewußtsein gibt den Effekt frei, dieser entläßt sich in einem entsprechenden Gefühlsausdruck und der Kranke ist geheilt. Am schwierigsten ist der Anfang des ganzen Verfahrens, nämlich die Feststellung, welches Ereignis die Neurose veranlaßt haben mag, denn der Kranke kann das, was der Arzt eigentlich wissen will, nämlich die seelische Ursache seiner Erkrankung, nicht sagen. Wenn er eine solche Ursache angibt, kann man mit Sicherheit annehmen, daß sie falsch ist, da die letzte Ursache in die Tiefen des Unterbewußtseins herabgedrückt ist. Das Verdrängen ist wohl nicht ersichtbar, aber trotzdem für den nächsten Seelenarzt nicht ganz unsichtbar; er muß Gefühlsausdruck, Mienenpiel, vor allem aber Redeweise zu deuten verstehen, um Anknüpfungspunkte zu finden.

Auffallend ist, daß von einer Anzahl Soldaten, die gleichmäßig demselben Kriegserlebnis ausgesetzt waren, was ja die Regel ist, manche eine Neurose bekommen, die andere aber nicht. Dabei kommt, wohl zu einem guten Teil die erbliche Veranlagung in Betracht. Je schwächer der angeborene Intellekt eines Menschen ist, desto weniger wird er imstande sein, ungewohnte Eindrücke aufzunehmen und zu verarbeiten, so daß sie zu überwertigen Gefühlskomplexen werden. Typische Schädigungen (Verstärkungen), wie Alkoholmißbrauch, Infektionskrankheiten, Uebermüdung usw. sind gewiß auch von Einfluß beim Entstehen von Kriegsneurosen. Dazu kommt noch Dr. Stimmels Meinung, daß manche Kriegsneurosen auf früheres (letztes) Trauma (Verletzung) zurückzuführen sein werden.

Die Heilung der Neurosen ist von großer Bedeutung angesehen, da die vielen Plünderverluste infolge des gegenwärtigen Krieges, es ist zu hoffen, daß bei Anwendung der lehranalytischen und hypnotischen Methode, die Dr. Stimmel empfiehlt und die er vielfach erprobt, bessere Heilungsergebnisse erzielt werden als vordem.

D. Heßlinger.

Was jeder gerne sieht!

Ein Herr und eine Dame spazieren mit kleinen gefangenen Schmetterlingen unter den aufnehmend schönen und prächtigen Kastanien, die die Königin-Augusta-Straße schmücken, auf und ab. Da schwingt sich in einer aus Gelächter und Schamkeit gleich erregten, sich entfaltenden Kurve ein Autohübel aus der Verkehrsfläche in die schattige Uferstraße hinein. Die Verlung hat ein junger Marineoffizier, im Wagen sitzt ein junger Marineoffizier.

„Damenmutter“, sagt der Herr wie Bingerlitz, „hast Du gesehen, Edith? Das war doch prächtig! Das hatte Schmitz! Ueberhaupt dieser junge Herr war vom Wale, James' Titelbild für die „Aurora“. Ganz ungeheuerlich, dieses wunderbare, energische und dabei ein wenig träge und noch jugendliche Mann, dieses junge Auge mit dem harten und schwarzen Blick eines Mauthovogels. Und in der Haltung diese ideale, fast königliche, unter der sich die schärfste Anspannung der Nerven verbirgt. Ich wünsche mich nicht, daß das war Friesentrasse. Die macht uns das Ausland nicht nach! Was, Edith?“

Die Dame hatte die hübsche Rede mit wachsender Bekundung angehört. Nun sagte sie: „Ich verstehe nicht, Egon, von wem Du sprichst. Auch ich fand ihn einfach entzückend, aber nun sprich doch nicht von einem solchen Mann in so drastischen Ausdrücken. Du kannst doch gar nicht wissen, wer das war.“

Jetzt war die Rede an dem Herrn, erstaunt zu sein: „Ja, wen meinst Du, Uebe Edith? Ich meine natürlich den jungen Marineoffizier an der Steuerung, diesen Herrn, bronzefarbenen Augen, wohlhabend, ein Bild von unseres Volkes Gesundheit und Kraft und Schönheit.“

„Ach so, denn?“ kam es gelangweilt von dem Herrn der Dame, „den habe ich gar nicht gesehen. Ich meine natürlich den hübschen, jungen Marineoffizier. Es war gewiß ein Admiral, der schon über tausend seelische Schiffe verlor.“ E. W. T.

Die Volksbildung in Finnland.

Es ist eine ganz falsche Anschauung, wenn man, wie es noch öfters geschieht, die Bildung und Geisteskultur der Finnen mit

der der Russen auf eine Stufe stellen will. Vielmehr hat Finnland zugleich mit dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, den es in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege genommen, auch in intellektueller Hinsicht Aufwind weit hinter sich gelassen. Das beweist am besten das Schmelzen des Landes, aus den Zahlen, die in dem vor kurzem erschienenem Sammelwerk „Finnland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas“ mitgeteilt werden, betrug die Zahl der Lehrer an den hiesigen Volksschulen Finnlands 1878 180, die Zahl der Schüler 8918; 1890 war die Zahl der Lehrer auf 867 gewachsen, die der Schüler auf 28 886. Im Jahre 1900 gab es in den 28 Städten Finnlands 1872 Lehrer und 40 870 Schüler. Die Anzahl der Schulen auf dem Lande betrug 1886 295 mit 294 Lehrern und 11 421 Schülern. 1890 war die Zahl der Schulen bereits auf 1757 gestiegen mit 3022 Lehrern und 70 554 Schülern. 1912 betrug die Zahl der Schulen auf dem Lande 3079 mit 4081 Lehrern und 143 507 Schülern. So hat das Volkschulwesen eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Zahl der außerordentlich gering, während das russische Reich einen Prozentsatz von 70-80 Analphabeten aufweist. Außerdem gibt es in Finnland 136 Mittelschulen mit 1862 Lehrern und 23 128 Schülern, die für die beiden Geschlechtern in Helsingfors vorgebildet werden. Helsingfors, der gelungene Mittelpunkt des Landes mit reglem wissenschaftlichem Leben, hat eine Universitäts- und eine technische Hochschule, an denen vor dem Kriege 279 Professoren lehrten und 2841 Höre studierten. Neben den Hoch-, Mittel- und Volksschulen gibt es auch noch eine sehr große Anzahl von Fachschulen für alle möglichen Berufe, durch die es den Finnen möglich war, in allen handwerklichen und kunstgewerblichen Dingen eine hohe Vollendung zu erreichen.

Berliner Stellungskämpfe.

„Schumann, da hat sich einer vorjestellt!“
„Der wem? wo sich abstellen?“ Sie da! Hinten anjestellt!“
„Ja, aber — ich muß mir doch vorstellen!“
„Vorstellen ist nicht, Anstellen; — immer hinten anjestellt!“
„Kann! Ich mer' doch hier anjestellt!“
„Was, was, hier anjestellt? — Hinten anstellen Sie Dickkopf!“
„Ach, sollte doch, Hell'n Sie Jhn' man sich nicht so an, als ist Wanda hat anjestellt hätte!“
„Ema wie der andere! Hier fin alle anjestellt!“
„Der ist nicht lache! Der wäre aber dasist die alle Anjestellt! Vorstellen soll ist lang alleine an Stelle von der alle Jettele von Schinken anjestellt werck, wissen Sie, der wo sich hat stellen müssen!“
„Ach so — o, — Sie fin bereit!“
„Na, nu jowoll doch!“
„Der konnten Sie man nicht sagen. Denn brauchen Sie Jhn' auch nicht anstellen. Immer jehn Sie! Hoffentlich wenn Sie anjestellt!“
(„Simplifizismus“.)

Notizen.

— Reinhardt in Charlottenburg. Nach dem Bericht der Volksschulen haben die Reinhardt-Schulen sich eine neue Wirkungskreis gelacht. Sie werden von Mitte September an Gastspiele in der Volkshalle für Musik in Charlottenburg geben. Der dortige Theateraal dürfte allerdings nur zu einem Provisorium genügen sein.

— Der Ehrenpräsident. In unser demokratisches Zeitalter passen keine Ehrenpräsidenten mehr, erwiderte der Oberpräsident von Westfalen Prinz v. Ratibor dem Provinzialparlament des Theaterkulturverbandes, der ihm den Ehrenvorsitz antrug. Aber als man versichert, daß er seines hervorragenden Interesses für die Weisheit des Ausdrucks wegen gewählt sei, wurde er doch Ehrenpräsident.

— Strindbergs Briefe. Strindbergs Erben haben kürzlich dem „Nordischen Museum“ in Stockholm Strindbergs Bibliothek sowie eine größere Anzahl von Handschriften und Autographen aus seinem Nachlaß übergeben. Dieser Erbschaft wurde sehr ein Strindberg-Archiv angegliedert, das zunächst alle Handschriften und Briefe des Dichters sammeln soll. Der Verwalter der Hinterlassenschaft Strindbergs, Professor Carlbrim-Gyllensköld, hat vor allem an die Sammlung und Veröffentlichung der etwa 12 000 Briefe, die Strindberg auch im Briefarchiv ein Briefe hinterlassen hat.

— Aus einer in Strindbergs Hinterlassenschaft mitgefundenen „Direktive“ über die Herausgabe seiner Schriften geht hervor, daß er seine Briefsammlungen als Selbstbiographie herausgegeben sehen wollte, doch sprach er sich zugleich klar dagegen aus, daß seine Briefe als „Hintergründe“ für die Expositionen anderer herausgegeben würden. Diese Weisung soll nun getreulich befolgt werden.

„Blöb vom Sehen. Ich verlehre ja nicht in der großen Lodger Welt, bei diesen verabschiedenen Mendelsohns, Buchholzens, Salzmans, Meyers und dem anderen Gewürm. Ich kenne sie alle, die Jungen vom Sehen. Die Witten vom Witzel her, wo wir manchmal zusammenkommen; wir kamen und alle mal näher, aber das ist schon lange her, als in Lodz noch Anständigheit herrschte und es keine Millionäre gab. Das waren Zeiten, von welchen ihr Jungen keine Ahnung habt. Ich und der alte Meyer, wir waren damals die großen Lodger Firmen, Dampf, Maschinen, Elektrizität, Wechsel, Schundwaren, Bleiten, Brandstiftungen, das konnte man nicht mal vom Hörensagen.“

„Und doch mußte das, was jetzt hier herrscht, kommen.“
„Ich weiß, daß es kommen mußte, daß die alte Ordnung der neuen immer werden muß, was sollen wir übrigens darüber reden.“ Er machte eine verächtliche Gaudbewegung und sah die Wechsel durch.

Eine ohnmächtige Wut ersetzte sein Herz so heftig, daß ihm die Stimme versagte. Er unterschrieb die Wechsel und schweig lange.

„Haben Sie's eilig?“
„Ja, doch ich möchte noch einmal Ihnen aus ganzer Seele für Ihre Hilfe danken.“

„Schad' um die Zeit! Wie tut nur eines leid, daß Sie vor-fünfzig Jahren nicht schon in Lodz waren, damals hätten Sie hier eine Fabrik haben sollen. Sie passen auch nicht zum heutigen Lodz. Hier ist kein Platz für ausländische Fabrikanten, Herr Trawinski.“

Gener erwiderte nichts. Er hatte es eilig, nach Hause zu kommen. Sie besprachen nur noch einige Fragen wegen der Wechselkrisen und trennten sich.

Gleich begannen auch die Weisen die Luft zu zerreißen, zum Zeichen des Arbeitsstillstandes, und die Fabriken erschienen eine nach der anderen and entschwinden in der Nacht.

Als die Arbeiter fort waren, ging Baum nach seinem Hause; es stand in einem Garten vor den Fabrikpavillons, mit der Front zur Straße.

In seinem Zimmer zog er sich um, zog seine gestülpten Pantoffeln an, bedeckte das noch volle, weiße Paar mit einer kleinen, mit weichen Wolldecken bedeckten Wunde, und ging ins Schlafzimmer, in dem zum Abendessen gedeckt wurde.

Nach sah am Tische und bandt seinen Gedanken, die an seinem Hals hingen, keine Häuser aus Holzstücken. Die Mädchen lachten laut und zwischerten wie Vögel.

(Wortl. folgt.)

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Den alten Baum fand er im dritten Parkon, der auf die Straße ging. Er sah in einem kleinen Zimmer vor dem Schreibtisch, auf dem in lange Streifen geschnittene Warenproben aufgeschichtet lagen.

Sie begrüßten sich schweigend. Der Alte drückte ihm fest die Hand und schob einen Stuhl vor.

„Ich habe Sie lange nicht mehr gesehen“, begann er.

Trawinski entschuldigte sich mit Sorgen und vieler Arbeit, er sprach lange, hätte aber keinen Mut, von dem Zweck seines Besuches zu reden. Die Zurückhaltung der Fabrik hielt ihn ab, die auch auf dem Gesicht des Fabrikanten eingegraben war; unwillkürlich hatte der Alte die blauen Augen auf Fenster gerichtet, durch welches man sehr gut die aus allen Fenstern leuchtende Wälderische Fabrik sehen konnte.

Er gab kurze Antworten und wartete auf die Aufführung des Besuchers.

Trawinski fühlte es, unterbrach sich mitten in einer Erzählung und sagte kurz:

„Ja, bin mit einer Bitte zu Ihnen gekommen!“ Er atmete auf.

„Bitte sehr . . . Ich höre . . .“

Nach erzählte ihm Trawinski seine ganze Lage, traute sich aber nicht, ihn um Hilfe zu bitten, als er die streng zusammengezogenen Brauen sah und einen gewissen unwilligen Ausdruck in den Augen.

„Wir alle fahren auf diesem Karren, die fressen uns auf!“

Baum sprach langsam und zeigte auf die großen Fabriken hinter dem Fenster.

„Domit kann ich Ihnen helfen?“ fragte er hinzu.

„Mit einem Darlehen oder einem Wechselgite.“

„Wieviel?“

„Kurz und gut, ohne zehntausend Rubel muß ich fallen.“ erwiderte Trawinski leise und anerkennend, als beschämte er, mit einem lauterem Klang das Wohlwollen, das er in Baums Augen bemerkte, zu verschanden.

„Vargeld habe ich nicht, aber was ich werde tun können, werde ich tun. Geben Sie mir Wechsel über diese Summe,

und ich werde bis zu dieser Höhe Ihre Verpflichtungen decken.“

Trawinski sprang vom Stuhl auf und begann in einer heißen Aufwallung sich zu bedanken.

„Nicht zu danken, Herr Trawinski, ich riskiere ja nicht einmal etwas, ich kenne Sie und Ihr Geschäft doch gut. Hier haben Sie die Formulare, füllen Sie sie gleich aus.“

Trawinski war berauscht. Diese fast unvorhergesehene Rettung brachte ihn aus dem Gleichgewicht. Fieberhaft stülte er die Wechselformulare aus, hob über jeden Augenblick den Kopf und schaute zu Baum hinüber, der im Kontor umherging, am Fenster stehen blieb und mit einem dumpfen, drohenden Blick auf Lodz herabsah. Dann wieder spazierte er im Zimmer herum, das trodene, frochtige Gesicht vornübergebogen. Er war auch groß, wie sein Sohn, aber viel magerer und lebendiger in den Bewegungen. Er sprach wenig und erledigte die wichtigsten Geschäfte mit wenigen Worten.

Ruhig, so kühl, seiner Frau und den Kindern gegenüber manchmal bis zur Schwäche nachgiebig, gab es doch für ihn Dinge, bei denen er unbegreifbar war; seine Gefälligkeit war in Lodz sprichwörtlich geworden und unerfälschlich, zugleich war er aber zu Hause geistig bis zur Wunderlichkeit.

„Welche Frist wollen Sie haben?“

„Die Ihnen am bequemsten ist.“ erwiderte Baum, die Tür nach dem Nachbarsaal öffnend, in dem alle Wechsel in Tätigkeit waren.

Er schloß die Tür gleich wieder, steckte die Hände in die Taschen der grauen, mit Krempelwolle gestülpten Toppe und sah sich wieder die Stadt an.

Das Telefon klingelte. Es war die einzige moderne Einrichtung in seiner Fabrik.

„Das ist für Sie, Worowicki ruft an.“ sagte Baum.

Gestaut ging Trawinski an den Apparat.

„Von deiner Frau habe ich erfahren, wo du bist, mein Lieber, also, ich habe abgerechnet, ich kann dir fünftausend Rubel leihen. Aber nur auf zwei Monate. Wenn du also willst?“ sprach Worowicki.

„Ich nehme es fröhlich an.“ rief er glücklich. „Woher telefonierst du?“

„Von deinem Arbeitszimmer, unter Aufsicht deiner Frau.“ lautete die Antwort.

„Warte auf mich, ich komme gleich.“

„Gut.“

„Worowicki war es, er möchte mich sprechen. Kennen Sie ihn?“

Die englische Arbeiterpartei und die Aufhebung des Burgfriedens.

Auf der letzten Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei wurde bekanntlich ein Antrag angenommen, den politischen Burgfrieden aufzuheben, wobei jedoch der Führer der Arbeiterpartei, Arthur Henderson, bemerkte, dass die Annahme des Antrags keineswegs den Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung nach sich ziehe. Einen sehr interessanten Kommentar zu dieser Angelegenheit gibt der Arbeiterabgeordnete James O'Grady (parlamentarischer Sekretär des Arbeitervereins) im Nachhinein der englischen Arbeiterpartei für Juli 1918. Im Delegiertenbericht über die Konferenz der Arbeiterpartei schreibt er wörtlich: „Die Entscheidung über die Aufhebung des politischen Burgfriedens war — offen gesagt — ein Betrug („a fraud“). Der Wortlaut der Entscheidung war sehr bestimmt und schloß ein — wie die meisten Delegierten vorerst glaubten — den Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung. Aber Arthur Henderson, der im Namen des Parteivorstandes den Antrag einbrachte, gab die Erklärung ab, daß dies keineswegs der Fall sei. Er meinte, der Antrag habe nur den Zweck, bei parlamentarischen Verhandlungen freie Hand zu erhalten. Mehrere Delegierte erhoben Einsprüche gegen diese Handhabung. Meiner persönlichen Ansicht nach würde diese Entscheidung verworfen worden sein, wenn sie wirklich den Zweck verfolgt hätte, die Arbeiterminister zu veranlassen, aus der Regierung auszutreten.“ Diese ganze Angelegenheit ist ein weiterer Beweis dafür, wie vorsichtig man sein muß in der Beurteilung englischer Konferenzbeschlüsse.

Die Tagung des rumänischen Parlaments.

Bukarest, 28. Juli. Die Parlamentstagung wich, wie der Ministerpräsident in der Kammer erklärte, spätestens am 3. August geschlossen werden. Bis dahin werden alle von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Annahme gelangen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss für die Gebarung der unter Anklage gestellten Minister beendigte seine Arbeiten und wird Dienstag den Bericht vorlegen. Der Finanzminister Selescu erklärte, die Einführung des Alkoholmonopols sei endgültig beschlossen. Der Staat wird die Spiritusfabriken nicht auflösen, sondern ihnen auf dem Wege der Konzentrierung eine gewisse Spiritusmenge zuteilen, welche sie ihm zu liefern haben, während er selbst das Verkaufsmonopol haben wird. Die Fabriken werden das Recht erhalten, außer Spiritus für den inneren Verbrauch noch Ware für die Ausfuhr herzustellen.

Feindliche Vorstöße am Kemmel.

Berlin, 29. Juli. Dem in der Nacht vom 27. zum 28. Juli in Gegend des Kemmelgebietes vorübergehend gesteigerten feindlichen Artilleriefeuer folgten mehrere vergebliche Vorstöße feindlicher Abteilungen. Ebenso wurden Patrouillen des Gegners bei St. Julien, an der Straße Popering-Sonnebeke und am Yser-Kanal abgewiesen. Erfolgreiche eigene Streifabteilungen brachten mehrfach Gefangene ein. Bei Ouby scheiterte nach heftigem Artilleriefeuer gleichfalls ein stärkerer feindlicher Vorstoß.

Feindliche Bombenabwürfe auf Douai richteten beträchtlichen Häuser Schaden an und forderten Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Der U-Boot-Krieg im Kanal. Berlin, 28. Juli. Amlich. Im Kanal wurden 21 000 Briten-Register-Tonnen versenkt. Der Chef des Generalstabes.

An der Ostbahn fanden nach türkischem Decreebericht am 28. Juli neue Kämpfe am Rakan und der Balkanlinie nördlich davon statt. Mehrere tausend Mann zählende, von den Engländern mit vielen Geschützen und Maschinengewehren ausgerüstete Schellenverbände verbluteten unter persönlicher Führung ihrer Stammesoberhäupter in vergeblichen, vom frühen Morgen bis zum späten Abend andauernden Angriffen. Unsere tapferen Besatzungen schlugen alle Angriffe ab. Bei Dicha rdun schlugen unsere Verstärkungen den Angreifer vom Norden und Süden und schlugen ihn in regellose Flucht. Dies ist die letzte Niederlage des Schlachtfeldes. Unsere Flieger griffen westlich von Rakan ein großes feindliches Truppenlager mit zahlreichen Bomben und mit Maschinengewehren an.

Kämpfe in Tibet. „Times“ erfahren aus Shanghai vom 24. Juli: In einem Briefe aus La Tsen Lu in der chinesischen Provinz Tsching wird mitgeteilt, daß die Chinesen Drava in Tibet durch Hunger gezwungen worden ist, sich den Tibetern nach einer Belagerung von drei Monaten zu ergeben. Es wurden u. a. 700 Gefangene gemacht und 100 Gewichte sowie einige Geschütze erbeutet. Die Tibeter beherrschen nun das Oranagebiet. Der englische Konsul in La Tsen Lu versuchte mit Unterstützung einiger Missionare, blieben ohne jeden Erfolg, zu vermitteln. Der Aufstand der Tibeter, der von Saka aus geleitet wird, ist sehr gefährlich organisiert und der Widerstand der Chinesen hat nicht viel zu bedeuten.

Was will Göllitz in Temesvar?

Alldutsche Privatliebhabereien eines Bürgermeisters. Das „Temesvarer Volksblatt“ veröffentlicht folgendes Schreiben des Göllitzer Bürgermeisters A. Mah, das kürzlich einem deutschen Einwohner der ungarischen Stadt Temesvar zugegangen ist:

Göllitz, 19. Juli 1918. (Vertraulich.)

Sehr geehrter Herr! Von befreundeter Seite (Herrn Viktor Crendi-Hommenau in Temesvar) auf Ihre deutschböllische Gesinnung und Bestrebungen hingewiesen, möchte ich mir die Bitte erlauben, Ihre Aufmerksamkeit einmal auf den **Deutschbünd** zu lenken. Dieser bezweckt, ohne nach außen geschaffenen aufzutreten, innerhalb des gesamten deutschen Sprachgebietes deutschgesinnte Männer und Frauen zusammenzuführen, welche geloben, in allen Beziehungen des Lebens, amtlich, beruflich und persönlich, das Gutdeswegen nach Kräften zu fördern, das Undeutsche zu bekämpfen. Der Kampf richtet sich deshalb besonders gegen die „internationalen“ Bestrebungen, also hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie — ohne einem gesunden sozialen Fortschritt entgegenzuwirken — gegen den Ultramontanismus — selbstverständlich ohne jede Stellungnahme gegen den katholischen Glauben — und endlich gegen den jüdischen Geist, der sich in unserem ganzen Kulturleben so breit macht und, mit erheblichen Mitteln ausgerüstet, immer stärker hervortritt. Er hat seine Forderungen auf die **Rassendiskologie** auf und fordert daher — unter freier Verschweigung seiner Mittel, denen aus ihrer Zugehörigkeit zum Bunde keine Nachteile erwachsen sollen — das arische Rassenbekenntnis. Seine Herrschaft ist der gutgeleitete „Deutsche Volkswort“ (Verlag von Th. Weicher in Leipzig), der in moralischen Dingen die verschiedensten politischen und namentlich kulturpolitischen Fragen der Zeit erörtert. Zahlreiche Männer und Frauen, auch aus Österreich und Ungarn, gehören dem Bunde an.

Der Geist der Zeit erfordert dringend einen festen Zusammenschluß aller Deutschgesinnten, um gemeinsam dem gefährlichen Einfluß jener „schwarz-rot-goldenen Internationalen“ entgegenzutreten. In der Überzeugung, daß Sie die Ziele des Bundes billigen, bitte ich Sie um gefällige Mitteilung, ob ich Ihnen eine Nummer des „Volkswort“ nebst einigen aufklärenden Schriften zusenden darf. Jegliche Verpflichtung entfällt dadurch selbstverständlich für Sie nicht.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und mit deutschem Gruß bin ich Ihr sehr ergebener
A. Mah,
Oberbürgermeister von Göllitz.

Es ist der Beruf der Alldutschen, die Sache des Deutschtums in der ganzen Welt zu schützen und zu kompromittieren, das Schreiben des Göllitzer Bürgermeisters (nicht Oberbürgermeisters) ist auf diesem Gebiet ein Gemeistreich. Das fehlt gerade noch, daß im verbündeten Österreich-Ungarn der Glaube wachgerufen wird, das Land werde durch alldutsche Geheimbünde unterminiert. Den Gegnern Deutschlands und des Deutschtums in Österreich-Ungarn würde die gefährlichsten Waffen in die Hand gespielt. Und würde die österreichische oder die ungarische Regierung von der deutschen fordern, daß sie derartigen Treibereien einen Riegel vorschleibe (siehe Serbien und Karadna Obrana), so käme die deutsche Regierung in die unangenehmste Lage.

Besonders peinlich muß es berühren, daß den angewandten Vorkämpfern des echten Germanentums strenge Verschweigung ihrer Namen und Vermeidung jeglicher Rücksicht zugefügt wird. Die spießbürgerliche Feigheit wird dadurch ebenso berührt, wie der kindische Eifer zur Verschönerung annehmlich gekittet wird. Und das soll „deutsch“ sein?

Gründungen gleich dem „Deutschbünd“ scheinen jetzt übrigens wie Pilze aus der Erde zu schießen, denn soeben macht auch ein Inserat in der „Deutschen Tageszeitung“ für einen „Deutschböllischen Orden“ in folgender Weise Reklame: „In einer Zeit, in der sich germanische Kraft nach außen so heftig bemüht und doch internationale und fremdartige Einflüsse im Hause sich breit machen, halten wir es für unsere Pflicht, aus der Verborgenheit hervorzutreten. Alle deutschgeborenen Männer, die sich ihres germanischen Blutes bewußt sind, rufen wir auf, uns zu helfen bei unserer Arbeit für unseres Volkes geistig-sittliche Erneuerung und rassische Wiedergeburt.“

Auch diese modernen Germanen leben es vor, einzuweichen doch noch im Verborgenen zu bleiben, denn sie unterlassen es, mit ihren Namen hervorzutreten. Dieses Germanentum des Hinterlandes scheint ganz erfüllt von der Weisheit des Spruchs, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist. Aber je mehr es sich um die eigene wertige Haut befragt zeigt, desto leichtfertiger iringt es mit den Interessen des deutschen Volkes an.

Streik und Landesverratsanklage. Ein Freispruch des Reichsgerichts.

Aus Leipzig wird uns berichtet: Der vereingete 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen den Raschinken Wilhelm Franzen aus Duisburg-Weiderich und den Raschinken Hermann Kubach, ebenfalls, die beide des verbotenen gemeinschaftlichen Landesverrats angeklagt waren. Franzen hat am Arlege teilgenommen und hat das Eisenerz Arlege 2. Klasse erworben. Wegen zweimaliger Verwundung wurde er am 19. November 1916 aus dem Heere als arbeitsverwendungsfähig entlassen. Der Angeklagte Kubach hat ebenfalls den Krieg mitgemacht und ist wegen einer Verwundung entlassen.

Nach dem Eröffnungsbeschluss waren die Angeklagten verdächtig, im November 1917 in Duisburg-Weiderich gemeinschaftlich versucht zu haben, die Arbeiter des Blockwalzwerkes des rheinischen Stahlwerkes, das mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt war, zur plötzlichen Niederlegung der Arbeit zu bestimmen. Auf dem Blockwalzwerk hatte ein Arbeiter einen Stahlblock umkippen lassen und war deshalb vom Oberingenieur in eine Geldstrafe genommen worden. Die übrigen Arbeiter des Betriebes, 40—45 an der Zahl, hatten die Direktion um Zurücknahme der Strafe, jedoch ohne Erfolg. Daraus legten die sämtlichen Arbeiter des Blockwalzwerkes am Morgen des 16. November 1917, eines Freitags, die Arbeit nieder. Dienstag, den 20. November, wurde sie wieder aufgenommen.

Beide Angeklagten bekannten sich als nicht schuldig, indem sie behaupteten, daß sie nicht zur Einstellung der Arbeit aufgefordert hätten. Die Stimmung unter sämtlichen Arbeitern des fraglichen Betriebes sei sehr erregt gewesen, um so mehr, da sie in der letzten Zeit vielfach über ungeduldige Strafen zu klagen gehabt hätten. Aus dieser Stimmung heraus sei der Beschluß entsprungen, die Arbeit niederzulegen. An einen längeren Ausstand hätten sie nicht gedacht, und deshalb sei ihnen auch gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß die Munitionsherstellung beeinträchtigt werden könnte.

Es kam Johann zur Erwiderung, warum gerade die beiden Angeklagten zur Verantwortung gezogen worden sind. Franzen gab an, er sei Mitglied des Arbeiterauschusses gewesen, und zwar als Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes; Kubach war, wie er angibt, als Mitglied des Hirsch-Dunker'schen Verbandes Vertrauensmann der Arbeiter. Beide Angeklagten behaupteten, sie seien wegen dieser ihrer Eigenschaft der Werkleitung ein Dorn im Auge gewesen. Sie selbst haben mit der Niederlegung der Arbeit nicht begonnen. Dies hat vielmehr der Kranzfürer D. getan, und dessen Arbeitsniederlegung hatte zur notwendigen Folge, daß auch die übrigen Arbeiter aufhören mußten. D. hat dann später durch seine Zeugenaussage zur Einleitung der Untersuchung gegen die Angeklagten Veranlassung gegeben. In der Verhandlung hielt jedoch D. als Zeuge seine gelassenen Aussagen nicht ausrecht. Die Beweisaufnahme ergab im übrigen nichts für die Angeklagten Belastendes. Sie haben sofort den auf Grund des Dienstvertrages eingerichteten Schlichtungsausschuss angerufen und sie versichert, sie würden sofort der Weisung desselben gemäß die Arbeit wieder aufgenommen haben, auch wenn dessen Entscheidung gegen sie ausgefallen wäre. Es kam zur Sprache, daß die Erledigung des Streitfalles nicht durch die Angeklagten verzögert worden ist; es wurde auch die Vermutung ausgesprochen, daß die Werkleitung wegen knapper Zufuhren an Kohle vielfach gar kein Interesse an der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit hatte.

Nachdem auf weitere Beweisaufnahmen verzichtet worden war, beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Freisprechung der Angeklagten, und der Verteidiger schloß sich ihm an. Das Reichsgericht erkannte nicht nur auf sofortige Freisprechung beider Angeklagten, sondern legte auch die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß sich die Angeklagten sofort nach Niederlegung der Arbeit an den Schlichtungsausschuss gewandt und nicht mit einer längeren Dauer des Ausstandes gerechnet haben, da sie annahmen, daß der Streit

in kürzester Frist werde beigelegt werden. Wenn sie versichern, sie hätten unter allen Umständen die Arbeit sofort wieder aufnehmen wollen, so war ihnen dies nicht zu widerlegen. Daß der Streitfall nicht so schnell erledigt wurde, ist nicht die Schuld der Angeklagten gewesen. Hingru kommt noch, daß die Arbeiter des Blockwalzwerkes, als sie den Beschluß faßten, die Arbeit niederzulegen, sehr aufgeregt waren. Es war deshalb nicht nachzuweisen, daß sich die Angeklagten bewußt waren, der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zuzufügen. Da ihr Verhalten auch sonst nicht gegen eine Strafbestimmung verstoß, war auf Freisprechung zu erkennen.

Die Angeklagten, welche seit November 1917, also über acht Monate, in Haft waren, wurden sofort in Freiheit gesetzt.

Alldeutsch-flämishes. Das germanische Ostafrika.

Auf einem alldeutsch-flämischen Abend, der von Prof. Dietrich Schäfer arrangiert war, sprachen am Sonnabend in Berlin zwei belgische Staatsbürger, die unter großem Beifall die Bildung eines freien flämischen Staates forderten. Einer von ihnen, der Sekretär des Rats von Flandern, Raftel Weiss, erhob dabei die Forderung, daß die belgischen Kolonien dem flämischen Staate zu fallen müßten. Flandern würde dann in der Lage sein, gemeinsam mit Deutschland ein großes germanisches Ostafrika zu schaffen.

Dazu kann nur nochmals bemerkt werden, daß die Bildung eines besonderen flämischen Staates nicht in der Richtung der deutschen Politik liegt, sofern diese durch die Erklärung des Reichstages zurechtend gekennzeichnet worden ist. Wer die Wiederherstellung eines selbständigen Belgien in Aussicht stellt, kann unmöglich zugleich die Verteilung dieses Belgien in zwei verschiedene Staaten beabsichtigen und am wenigsten kann er die Forderung unterstellen, daß die belgischen Kolonien einem neuen von Belgien losgelassenen Staate zu fallen sollten. Auch die alldeutschen Protektoren solcher Pläne werden sich darüber klar sein, daß eine derartige Ukrainisierung Belgiens ein zweites West-Litauen im Westen zur Voraussetzung hat.

Die Aufgaben der Reichsbekleidungsstelle.

Ueber die Aufgaben der Reichsbekleidungsstelle äußerte sich der Reichskommissar Geh. Rat Deutler in einem in Dresden gehaltenen Vortrag. Unter andrem gab er folgende Erklärungen ab: Es läßt heute die hochverehrliche Versicherung abgeben, daß durch die Fortschritt der Ersatzindustrie die Zukunftssorge in der Hauptsache nunmehr behoben sei und daß noch im Laufe dieses Kalenderjahres Ersatzstoffe an die Verbraucher gebracht werden können, die für Wäsche und für Oberkleider, abgesehen vielleicht allein von der Sänglingstoffe, allen billigen Anforderungen genügen werden. Jedemfalls erhebe die Hoffnung unserer Feinde, uns wegen Mangel an Rohstoffen für die Bekleidung unseres Volkes zum Frieden zu zwingen, gänzlich unbegründet. „Wir werden vielmehr“, so führte Dr. Deutler aus, „in der Lage sein, auch bei noch so langer Dauer des Krieges die früher eingeführten Rohstoffe zu entbehren und selbst wenn es den Feinden gelingen sollte, nach dem militärischen Kriege noch einen Wirtschaftskrieg gegen uns zu führen, auch diesen zu gewinnen und durchzuführen, vielleich mehr zum Schaden der früheren Produktion- und Ausfuhrländer als zum Nachteil unseres Volkes.“ Eine allgemeine, aber wiederum vollständig freiwillige Sammlung von Kleidern steht nach bevor, die in zahlreichen Gemeinden schon jetzt ohne Erfolg begonnen habe; eine Sammlung für die armeren, bei der allgemeinen Demobilisierung zur Entlassung kommenden Soldaten.

Unregelmäßigkeiten bei der J. C. G.

Gegen den Viehkäufer Lippert der J. C. G. und einige mitbeteiligte Personen schwebt eine Untersuchung, die von der J. C. G. selbst veranlaßt sein soll. Lippert heißt im Verdacht, sich durch Gewinnbeteiligung bei der Vergebung von Schlachtaufträgen erhebliche Sondervergünstigungen verschafft zu haben. Es handelt sich um mehrere Fälle und um hohe Summen, in einem Fall um 400 000 M.

Nach einer Mitteilung der „Allgem. Fleischzeitg.“ soll nun Lippert und noch ein zweiter Viehkäufer der J. C. G. verhaftet worden sein.

Wann wird die Extraktion wieder erhöht? Der bekannte Konsumvereiner Adolph Kupprecht teilte als Vertreter des Kriegsernährungsamts in einer Hamburger Arbeiterversammlung mit, daß die Extraktion vom 1. August an wieder auf den früheren Stand erhöht wird.

Letzte Nachrichten.

Die Lage nördlich der Marne. Französischer Decreebericht vom 29. Juli, nachmittags. Nördlich der Marne keine Aenderung im Verlauf der Nacht. In den gestrigen Kämpfen an diesem Teile der Front machten wir ungefähr 400 Gefangene.

Englischer Decreebericht vom 29. Juli, morgens. Wir griffen an und eroberten zwei Linien feindlicher Gräben auf zwei Meilen Frontlänge beiderseits der Straße Bray-Corbis, machten 100 Gefangene und erbeuteten eine Anzahl Maschinengewehre. Die feindlichen Verluste sind schwer, unsere Verluste gering. Wir führten zwei erfolgreiche Vorstöße in der Nähe von Cravelines aus.

Griechenland und Italien.

Rotterdam, 29. Juli. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Athen: In einem Interview mit einem Vertreter der Zeitung Patrios erklärte der Minister des Äußeren Politik, daß die Differenzen zwischen Griechenland und Italien auf der Grundlage des Nationalitätsprinzipes geschlichtet werden würden. Griechenland werde Italien als Mittelmeergroßmacht in jeder Hinsicht anerkennen.

Persien und der West-Frieden.

Konstantinopel, 29. Juli. Der Sultan beauftragte den Großwesir, dem Shah von Persien dafür zu danken, daß der Shah dem Sultan für die im Frieden von West-Litauen vereinbarten Bürgschaften für die Unabhängigkeit Persiens seine besondere Erkenntlichkeit übermitteln ließ.

Gewerkschaftsbewegung

Teuerungszulagen für das Buchdrucker-Hilfspersonal.

Zwischen Vertretern des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer und der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands wurden unter der unparteiischen Leitung des Geschäftsführers des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker, Herrn Paul Schliebs, folgende Vereinbarungen getroffen:

Zu den bisherigen werden folgende Teuerungszulagen gezahlt: An verheiratete männliche Hilfsarbeiter ab 1. August 9 M., ab 1. Dezember 4 M., zusammen 13 M.

An ledige männliche Hilfsarbeiter ab 1. August 8 M., ab 1. Dezember 3 M., zusammen 11 M.

An weibliche Hilfsarbeiter ohne Unterschied ab 1. August 6,50 M., ab 1. Dezember 2,50 M., zusammen 9 M.

Diese Teuerungszulage wird jedem Hilfsarbeiter gezahlt, ohne Rücksicht auf die Dauer der Tätigkeit im Betriebe.

Lohnzulagen oder Teuerungszulagen, die nach dem Einführungsdatum für die letzte Teuerungszulage (November 1917) unter Vorbehalt der späteren Verrechnung den Hilfsarbeitern zugesprochen worden sind, dürfen bei Zahlung der neuen Teuerungszulage anteilig zur Verrechnung kommen; ebenso solche Lohn- oder Teuerungszulagen, die nach dem 15. Mai ohne Vorbehalt den Hilfsarbeitern bewilligt worden sind.

Zu den Ueberstundenzuschlägen von 40, 50, 75 Prozent usw. wird ab 1. August ein Zuschlag von 10 Pfennig pro Stunde gezahlt.

Ueber Entschädigung von Extranächten gelten für das ständige Personal in den betreffenden Betrieben diejenigen Bestimmungen, die in den Hausverträgen oder durch mündliches Abkommen zwischen Firma und Hilfsarbeitern festgelegt sind. Für das nur für Extranächte eingestellte unständige Hilfspersonal wird für Leistung solcher Extranächte die vor dem 1. August 1914 gezahlte Entschädigung plus 50 Prozent Zuschlag gezahlt.

Forderungen der Brauerei- und der Mühlenarbeiter.

Den Brauereiarbeitern ist bei den letzten Verhandlungen eine am 1. März in Kraft getretene Erhöhung der Teuerungszulage um 8 M. bewilligt worden, so daß sich die wöchentliche Zulage insgesamt auf 23 M. beläuft. Die Arbeiterinnen erhielten eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 M. Die Arbeiterinnen fallen zwar nicht unter den Tarif, doch ist ihnen durch nachträgliche Verhandlungen der tarifmäßige Urlaub, die Teuerungszulage in Krankheitsfällen sowie die Vergünstigung des § 616 B.G.B. bewilligt worden. Die Arbeitgeber erwiderten damals, sie könnten wegen der ungünstigen Lage des Brauergewerbes eine höhere Zulage nicht bewilligen.

Wie der Vorsitzende Hodapp am Sonntag in der Generalversammlung der Berliner Verwaltung des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes mitteilte, hat die Pagenhoferbrauerei ihren Vätern nachträglich eine Erhöhung der Teuerungszulage um 10 M. zugesprochen und die Brauerei Böhm hat die Zulage der Wäckerer sogar um 20 M. erhöht. Dadurch ist bewiesen, daß die Brauereien also doch in der Lage sind, eine höhere Zulage zu gewähren. Mit Rücksicht auf diesen Umstand sowie auf die immer drückender werdende Teuerung haben die in Frage kommenden Organisationen den Unternehmern den Antrag unterbreitet, allen in den Brauereien beschäftigten Arbeitern die Teuerungszulage um 10 M. und den Arbeiterinnen um 8 M. zu erhöhen. Die Organisation der Unternehmer hat darauf geantwortet, die Verhältnisse im Gewerbe seien immer noch so ungünstig, daß sie kurzzeit keine höhere Zulage gewähren könnten. Sie würden versuchen, eine Erhöhung der Bierpreise durchzusetzen, und wenn das gelingen sei, könnten sie auch die Teuerungszulage der Arbeiter erhöhen. — Der Redner betonte, die Arbeiter würden unbedingt auf ihrer Forderung bestehen. — Aus der Versammlung wurde das Verlangen gestellt, eine Erhöhung der Teuerungszulage um 20 M. zu fordern.

Auch die Mühlenarbeiter haben den in Berlin bestehenden fünf Mühlenbetrieben einen Antrag auf Lohnerhöhung eingereicht. Sie fordern in der Hauptsache einen Stundenlohn von 1,20 M. oder einen Wochenlohn von 72 M. bei 42stündiger Arbeitszeit, für Ueberstunden 1,75 M. für Sonntagsarbeit 2 M. Die Stunde- und Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne um 25 Proz. — Auch die Mühlenunternehmer erklären, eine Lohnerhöhung nur unter der Voraussetzung bewilligen zu können, daß die Reichsgetreidepreise die Mählöhne erhöht. Die Mühlenarbeiter werden natürlich ebenso wie die Brauereiarbeiter, alles versuchen, um ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Regelung der Teuerungszulagen in den Genossenschaften.

Dem Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stand bisher das Recht nicht zu, Teuerungszulagen festzusetzen. Es wurde daher die Form der „Empfehlung“ gewählt, die jedoch von einem Teil nicht als bindend betrachtet wurde und demzufolge zu einer Reihe unliebsamer Vorgänge führte. Der Genossenschaftsrat in Köln beschloß, die Beschlüsse des Tarifamtes zu erweitern, dahingehend, daß es auch zur Festsetzung der Teuerungszulagen berechtigt ist. In seiner Sitzung am 17. Juli wurde demgemäß beschlossen: Die Teuerungszulage wird bei Vereinen mit Wägereien und mindestens 250 000 M. Gesamtjahresumsatz ab 1. Juli 1918 um 10 Proz. erhöht, ab 1. Oktober 1918 um weitere 5 Proz., bei den übrigen Vereinen um 5 Proz. bzw. 2½ Proz. Die Mindestzulagen betragen 2 resp. 1,50 M. pro Woche. Ledige, Witwen und Waisen mit eigenem Hausstand sollen den Verheirateten gleich behandelt werden.

Infolge dieser Neuregelung schwanken die Teuerungszulagen der Beschäftigten in den Genossenschaften für Ledige zwischen 30 bis 5 Proz., für Verheiratete mit bis zu zwei Kindern 35—40 Proz. und für Verheiratete mit mehr als zwei Kindern 40—45 Proz. Dazu kommen weitere 5 Proz. ab 1. Oktober dieses Jahres.

Parteinachrichten.

Abchied von der „Leipziger Volkszeitung“.

Die Leipziger „Freie Presse“ schreibt: Der langjährige Reichstagsabgeordnete der „Leipziger Volkszeitung“, Dr. Gustav Morgenstern, hat seine Kündigung eingereicht und wird demnächst seine Tätigkeit an dem Blatt einstellen. Wadana ist die Redaktion dieses unabhängigen Organs vollkommen „homogen“.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Parteiverein in Bremen hat am Dienstag seine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Aus dem Berichte des Vorstandes ergibt sich, daß der Verein eine rege Parteitätigkeit entfaltet hat. In Bremen bestehen drei Vereine, die sich sozialdemokratisch nennen: der zur Sozialdemokratie gehörende Parteiverein, der Verein der Unabhängigen und der der Linksrabialen. Trotz dieser die Arbeiterschaft schädigenden Zerstückelung und der harten Kriegszeit ist der Parteiverein in stetiger Aufwärtsentwicklung begriffen. Der Parteiverein schloß das mit dem Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr mit 798 zahlenden männlichen und 298 zahlenden weiblichen Mitgliedern, im ganzen also mit 1096 Mitgliedern ab. Die Zahl der beitragsfreien Mitglieder (Heeresdienst) ist, wie wohl überall, unverhältnismäßig groß. Eine Jugendorganisation wird wieder geschaffen, nachdem das Verbot neuerlich wieder aufgehoben wurde. Die Mitglieder des Vorstandes wurden wiedergewählt.

Aus dem Berichte über das Parteigeld und die „Bremer Bürger-Zeitung“ ergibt sich, daß sich das finanzielle Ergebnis wesentlich gebessert hat. Während in den beiden vorher-

gehenden Jahren eine ziemlich bedeutende Unterbilanz bestand, schloß das letzte Jahr mit einem Ueberschuß von über 10 000 M. ab. Das Vermögen des Geschäfts (Haus, Druckerlei, Inventar, Papiervorräte usw.) ist ganz beträchtlich. Unter den Parteimitgliedern — Unabhängige und Linksrabiale agitierten gegen die „Bremer Bürger-Zeitung“ — hat unser Parteiorgan gelitten, aber jetzt ist die Abonnentenziffer wieder in einem höchst erfreulichen Steigen begriffen. Wegen der Haltung der Zeitung wurden keine Klagen laut.

Der Vorsitzende der Versammlung teilte mit, daß sich der Vorstand mit der Auffassung der Reichstagsabgeordneten — jetzt ist der Unabhängige Henke bremischer Vertreter im Reichstage — beschäftigt werde. Das neue Gesetz räumt dem Wahlkreis Bremen zwei Abgeordnete ein, die nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen sind.

Vor kurzem fand die Kreisversammlung für den Wahlkreis Dieckhoff-Goldberg-Dannau statt. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß die Genossen eifrig am Werke sind, den durch den Krieg auch hier eingerissenen Fatalismus kräftig zu bekämpfen, eine Arbeit, die bisher schon von gutem Erfolg war. Neben den Mitgliedsversammlungen fanden im Berichtsjahr 12 außerordentliche öffentliche Volksversammlungen statt. Genosse Dietrich erbatte ein kurzes Referat über die gegenwärtige politische Lage, an das sich eine längere Aussprache knüpfte. Im Gegensatz zum Referenten vertrauen einige Genossen dem Standpunkt, daß es wohl richtiger gewesen wäre, wenn die Reichstagsfraktion, angeführt des Treibens der Eroberungspolitik und der Wahlrechtskomodie, die die Junker in Preußen aufzuführen, die Kriegskredite diesmal verweigert hätte. Nachdem einige Genossen noch den Standpunkt der Fraktion vertreten hatten, erklärten sich die Delegierten mit allen gegen zwei Stimmen mit der gesamten Haltung der Fraktion einverstanden. Die Beratungen verliefen in durchaus freundschaftlicher Weise. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Genossen Kuppert-Liegnitz, wonach der Parteivorstand aufgefordert werden soll, eine große Volkskundgebung gegen die Eroberungspolitik und Wahlrechtskomodie vorzubereiten.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die A.-G. für Pappfabrikation in Charlottenburg erzielte bei einem Rohüberschuß von 235 008 M. (t. V. 495 828) einen Reingewinn von 91 714 M. (t. V. 167 111), so daß die Dividende von 6 Proz. nur unter starker Kürzung der Abschreibungen aufrecht erhalten werden konnte. Der Geschäftsbericht führt u. a. aus, daß während des abgelaufenen Geschäftsjahres die drei Betriebe der Gesellschaft besonders stark unter dem Einfluß des Krieges zu leiden hatten, so daß die Produktion nicht auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden konnte. Besonders schwer war das Charlottenburger Werk durch einen zweimaligen Schaden an der großen Vertriebs-Dampfmaschine betroffen, welcher einen Stillstand von beinahe drei Monaten in diesem Werk herbeiführte. Während die Herstellung anderer Pappens bezüglich ihrer Preisgestaltung völlige Bewegungsfreiheit hatten und die Verkaufspreise mit den täglich steigenden Herstellungskosten in Einklang bringen konnten, war die Gesellschaft durch die ihr auferlegten Höchstpreise hierzu nicht imstande.

Die A.-G. Körtings Elektrizitätswerke in Berlin erzielte einen Reingewinn von 137 865 M. und verteilte wieder 4 Proz. Dividende.

Glanzender Geschäftsgang in der Montanindustrie.

Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation kommt wieder als erstes der großen Unternehmen, deren Geschäftsjahr am 30. Juni endet, mit seinem Abschluß heraus, der trotz aller Klagen über das Steigen der Löhne genau so glänzend wie im Vorjahr ist. Nach Abführung der Kriegsteuer beträgt der Rohgewinn 23 Millionen Mark, der Reingewinn 15,6 Millionen Mark, die Dividende aber nur 2½ Proz. gegen 25 Proz. im Vorjahr. Der Reingewinn hätte die Verteilung der Dividende in der Vorjahreshöhe erlaubt, aber offenbar lag der Verwaltung an einer Demonstration für höhere Kohlen- und Eisenpreise. Wie reichlich das Unternehmen — trotz der Kriegsteuer, die stets vor Feststellung des Rohgewinnes abgesetzt wurde — gearbeitet hat, lehrt folgende Aufstellung:

	Bruttoüberschuß	Abschreib.	Dividende
	M.	M.	Proz.
1917/18	23 000 000	7 400 000	22½
1916/17	29 000 000	7 800 000	25
1915/16	22 600 000	7 250 000	25
1914/15	11 900 000	4 500 000	14
1913/14	9 800 000	5 400 000	10

Auch den „reinen“ Eisen- und Stahlwerken geht es glänzend. So durchläuft folgende Notiz die Handelspreise: Das Annener Gußstahlwerk in Annen bei Dortmund war in dem Ende Juni abgelaufenen Rechnungsjahr 1917/18, trotz der hervorgetretenen Schwwierigkeiten allgemeiner Art, recht stark beschäftigt. Dementsprechend dürfte auch das finanzielle Ergebnis wieder günstig ausfallen. Ueber die zur Ausschüttung kommende Dividende kann Einigüßiges jetzt noch nicht gesagt werden, soweit jedoch ein Ueberblick möglich ist, läßt sich annehmen, daß die Ausschüttung von der vorjährigen nicht abweichen wird. Im Vorjahr wurden 25 Proz. Dividende verteilt, gegen 15 Proz. für 1915/16 und 12 Proz. für 1914/15; die augenblickliche Beschäftigung ist günstig.

Die Kohlenpreiserhöhung.

Die am Montag abgehaltene Versammlung der Jochenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats beschloß, die Richtpreise für die letzten vier Monate dieses Jahres für Kohlen um 2,40 M., für Koks um 3,40 M., für Brechlofs um 4 M. und für Bricketts um 2,40 M. für die Tonne zu erhöhen. Die Preiserhöhungen verstehen sich einschließlich der Kohlensteuer. Sie erfolgen unter dem Vorbehalt, daß die Lasten, die das neue Umsatzsteuergesetz dem Kohlenyndikat bringen wird, zu den heutigen Preiserhöhungen zugeschlagen werden.

Eisenerüberfluß in Deutschland.

Ein bezeichnendes Bild auf die Wahrsamkeit der zum Teil mit demagogischen Mitteln betriebenen Schwerindustriellen Propaganda für die Annexion des Erzgebirges Longwy-Briey wirft der soeben bekanntgewordene Bericht der Handelskammer Luxemburg über die Lage des dortigen Erzbergbaues. Wir erfahren aus dem Bericht, daß die Förderung des luxemburgischen Minetteerzbergbaues, die im Jahre 1913 noch 7,33 Millionen Tonnen betrug, sich im Jahre 1916 auf 6,75 Millionen belief und 1917 sogar auf 4,50 Millionen Tonnen sank. Die Ursache dieses starken Rückganges ist Mangel an Absatz. Der Eigenbedarf ging zurück, die Ausfuhr nach den rheinisch-westfälischen Hütten fiel von 2,35 Millionen auf 831 800 Tonnen. Umgekehrt ist die Einfuhr von Minetteerzen aus Deutsch-Lothringen nach Luxemburg von 1,40 auf 1,03 Millionen gestiegen! Infolge dieses Ueberangebotes von Erzen ging die luxemburgische Förderung um 30 Proz. zurück und trotzdem erhöhten sich die Lagerbestände am Jahresabschluss von 51 550 auf 456 847 Tonnen! Demzufolge war die Erzförderung in Deutsch-Lothringen derart stark, daß nicht einmal die luxemburgische Förderung, obgleich sie 30 Proz. geringer als 1916 war, Verwendung im Zollinsland (Deutschland und Luxemburg) finden konnte. Der außerordentlich starke Bedarf unserer Heeres- und Marineverwaltung an Eisen und Stahl ist notorisch; in der annexionistischen Presse wird behauptet, er sei nur mit großer Mühe infolge von Erzmannel zu decken und nur durch die Ausnutzung der Briey-Erze

könne unsere Landesverteidigung mit dem notwendigen Eisen- und Stahlmaterial versorgt werden. Daran schließt sich in der Regel die annexionistische Schlussfolgerung: „Also müssen wir Longwy-Briey behalten.“ Jetzt erfahren wir aus dem luxemburgischen Handelskammerbericht, Deutschland sei so reichlich mit diesen Eisenerzen versorgt, daß der Bergbau Luxemburgs wegen Abnahmangel stark eingeschränkt werden mußte und dennoch über sehr starke Lagerbestände verfügt. Die rheinisch-westfälischen Hütten, deren Vertreter die Hauptträger nach der Annexion Longwy-Briey sind, hoben 1914 nur noch den vierten Teil der vorjährigen Erzmenge aus Luxemburg bezogen. Diese Erze sind wohl etwas geringhaltiger, aber durchschnittlich von derselben Qualität wie die deutsch-lothringischen und ostfranzösischen. Danach können sich die rheinisch-westfälischen Hüttenwerke keinem Erzmannel gegenübersehen, andernfalls hätten sie die ihnen in einer Menge von mindestens noch zwei Millionen Tonnen zur Verfügung bereiten luxemburgischen Erze bezogen. Von einem Eisenmangel in Deutschland kann demnach nicht die Rede sein; zumal an phosphorreichen Erzen, wie sie in Lothringen, Luxemburg und im Becken Longwy-Briey gefördert werden, ist unser Bedarf überreichlich gedeckt.

Der Handelskrieg der Entente.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat die britische Reichs-Kriegskonferenz in ihren letzten Sitzungen eine Entschliebung angenommen, die Petrochemieerzeugung innerhalb des britischen Reiches zu fördern. Ferner eine Entschliebung betr. einen Akt der Beschränkung, der für einen bestimmten Zeitraum nach dem Kriege die Naturalisierung von Untertanen aus jetzt feindlichen Ländern einschränkt, ebenso Erwerbung von politischen Rechten und von Land- und Bergwerkseigenschaften durch denartige Personen. Weiter wurde beschlossen, in dieser Woche vor der Abreise des überseeischen Vertreters eine besondere Konferenz über die Frage der Rationalität und Naturalisierung abzuhalten. Die Konferenz nahm den Bericht eines Sonderauschusses über die Kontrolle von Rohstoffen nach dem Kriege an und forderte die Regierung auf, sich mit den Regierungen der Dominions und Indiens in Verbindung zu setzen, um dementsprechende Maßregeln zu treffen. Endlich beschloß die Konferenz, daß jetzt Schritte getan werden sollten, um den Bedarf der Verbündeten an Rohstoffen festzustellen.

Nach einer Meldung des „Morning Post“ aus New York hat der Vertreter des feindlichen Eigentums, Palmer, die Verteigerung von vierzig Fabriken, die feindlichen Ausländern gehören, im Gesamtwerte von über hundert Millionen Dollar angeordnet.

Soziales.

Sozialer Geist bei der Betriebskrankenkasse für die Krupp-Werke.

Für die Behandlung einer heftig erkrankten Ehefrau eines zu Krupp abkommandierten Landwehrmannes, die circa 2 Stunden Eisenbahnfahrt von Essen entfernt wohnt und den zunächst wohnenden Arzt in Anspruch nahm, weigerte sich obige Betriebskasse, dem Arzt für 4 Besuche und 4 Verordnungen im Betrage von 10,50 M. Zahlung zu leisten. Sie schreibt dem Arzt, daß die Familienmitglieder nur freie kassenärztliche Behandlung haben. Die Kassenärzte wohnen aber meistens in Essen. Die Kasse verlangt also, daß eine schwer kranke Person, die nicht in Essen wohnt, aber Anrecht auf freie ärztliche Behandlung hat, eine mit Lebensgefahr verbundene Eisenbahnfahrt von 2 Stunden macht, bis sie ärztliche Hilfe findet.

Es scheint, als wenn der richtige soziale Geist in der Krupp'schen Krankenkasse fehle. Die Kassen können nach § 368 R.B.O. die Vergütung anderer als der Kassenärzte, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen. Hier lag ein dringender Fall vor. Ein Kassenarzt konnte nicht zugezogen werden. Aber selbst wenn der Fall der Dringlichkeit nicht vorgelegen hätte, hätte die Kasse aus Rechts- und Billigkeitsgründen die Kosten tragen müssen. Sie kann nach der Gesetzesvorschrift die Vergütung ablehnen; sie muß es nicht. Ihr Ermessen ist nicht gleichbedeutend mit Willkür, sondern bedeutet pflichtgemäßes, billiges Ermessen. Ob sie dieses angewendet hat, wäre im Streitverfahren nachzuprüfen.

Saben Stiefkinder Gefallener auf Unterstützung Anspruch?

Hat die Ehefrau eines im Kriege Gefallenen Kinder mit in die Ehe gebracht, dann haben diese nach dem Gesetz keinen Anspruch auf Waisenrente. Aber trotzdem besteht die Möglichkeit für sie, Unterstützung in der Form widerruflicher Unterstützung zu erhalten, wie sie auch unehelichen Kindern zuteil werden kann. Notwendig ist, daß der Stiefvater für die Kinder gesorgt hat und daß diese bedürftig sind. Keine Rolle spielt der Umstand, daß der wirkliche Vater noch lebt, wenn der gefallene Stiefvater schon geraume Zeit für das Kind wie ein leiblicher Vater gesorgt hat, wenn dieser selbst Unterhaltsbeiträge leistete. Einem Stiefkind stehen an widerruflicher Zuwendung 225 M. jährlich im Höchstfalle zu. Dort, wo die Mutter noch lebt und dann Witwenrente erhält, beträgt die Unterstützung nur 150 M. In keinem Falle soll sie höher sein als die Unterstützung, die der Gefallene dem Kinde selbst zuteil werden ließ. Heiratet die Witwe wieder, so fällt die Unterstützung nicht ohne weiteres weg. Nur dann wird sie eingestellt, wenn der neue Ehemann die Sorge für die Stiefkinder in einem solchen Maße übernimmt, daß die Bedürftigkeit in Wegfall kommt.

Auch angenommen und Pflegekinder, die der Gefallene vor seiner Einziehung wie seine eigenen Kinder unterstützt hat, können die widerruflichen Zuwendungen zuteil werden.

Berichtszeitung.

Das Advancement des Hochkapitlers. Die Münchhauskade eines Hochkapitlers in Feldgrau kam in einer Verhandlung der Ferienstrahlkammer des Landgerichts II zur Sprache. Wegen Betruges mar der frühere Gastwirt Franz Bürger angeklagt. Der schon vorbestrafte Angeklagte hatte sich irgendetwas eine Feldgrau Uniform beschafft, die er sofort mit dem Band des Eisernen Kreuzes versehen und nun damit unbesoldete. In dem Lokal des Schankwirts Günther erzählte er, daß er bei der letzten Hindenburg-Offensive eine französische Fahne erbeutet habe, die er nun persönlich im Zeughaus abliefern solle. Schon nach wenigen Tagen erschien er wieder, und zwar als Unteroffizier und erzählte, daß er wegen jener Heldentat befördert worden sei. Nachdem er dann einige Zeit nichts von sich hatte hören lassen, tauchte der Angeklagte plötzlich als Witzfeldwebel mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse auf und erzählte, daß er wegen einer Reihe hervorragender Heldentaten jetzt zum Offizierstellvertreter ernannt sei. Die Geschichte endete damit, daß der „Feld“ den Schankwirt um 100 M. erleichterte und dann auf Rimmerwiedersehen beschwand. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten erkannte das Gericht auf 9 Monate Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

England und wir. Von Dr. Helfrich. 60 Pf. Verlag von Georg Müller, Berlin NW 7, Dorackenstr. 66/67.
Das neue Deutschland in Erziehung und Unterricht. Heft 3: Die Naturwissenschaften in Erziehung und Unterricht. Von Prof. Dr. Paulsen. 3.00 M. + 25 Proz. Teuerungszuschlag.
Heft 4: Wein- und Obstbau. Von Dr. August Graf von Helldorf. Geb. 1.20 M. + 25 Proz. Teuerungszuschlag. Verlag von Zeit u. Comp., Leipzig.

Bericht über die Tätigkeit der Reichsregierung für die letzten vier Monate dieses Jahres. Herausgegeben von der Reichsregierung. Berlin, 1918. 1.00 M. + 25 Proz. Teuerungszuschlag.
Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1917. Herausgegeben von der Reichsregierung. Berlin, 1918. 1.00 M. + 25 Proz. Teuerungszuschlag.